

extra

VORWÄRTS
magazin der sozialistischen offensive vorwärts

vorwärts nr. 89 winter 98/99
öS 25,- / DM 3,60

Globale Krise Internationaler Widerstand

Kampf gegen Arbeitslosigkeit
Kapitalismus in der Krise
Rußland
Gründungskongress der Vierten Internationale

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie halten die erste Ausgabe von „Vorwärts-extra“, dem Magazin der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV), in Ihren Händen. Wir wollen darin jene Themen behandeln, die uns zwar ein besonderes Anliegen sind, für welche aber zuwenig Platz in unserer Monatszeitung Vorwärts (erscheint seit 1983) ist.

Wir planen „Vorwärts-extra“ in Zukunft immer zum Jahreswechsel herauszugeben, als Rückblick auf das vergangene Jahr und als Perspektivpapier für das kommende. Den thematischen Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden zwei sozialistische Konferenzen: der Gründungskongress der IV. Internationale 1938 und der 7. Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) 1998, dessen österreichische Sektion die SOV ist. In den Berichten über unseren Weltkongress beleuchten wir die Situation der Weltwirtschaft, die Perspektiven für den EURO und die Chancen für den Aufbau neuer breiter sozialistischer ArbeiterInnenparteien. Dem/der aufmerksamen Leserin wird auffallen, daß letzteres auch einen zentralen Stellenwert bei den Artikeln über den Gründungskongress der IV. Internationale einnimmt.

Das KAI und seine Mitgliedssektionen sind in diesen Aufbau-Prozessen für neue ArbeiterInnenparteien und Bewegungen in vielerlei Hinsicht aktiv: So führte die SOV bei Drucklegung dieses Magazins Diskussionen rund um die Kandidatur einer linken, sozialistischen Alternative im „Superwahljahr 1999“. Mit dem Abdruck unseres neuen Statuts geben wir außerdem einen Einblick in die Strukturen und Ziele der SOV - was durchaus eine Aufforderung zum SOV-Beitritt darstellt. Weiters finden Sie in dieser Ausgabe eine Analyse der russischen Krise und unser „Cover“ zum Thema Arbeitslosigkeit und internationalem Widerstand.

Vorwärts-Extra wurde, wie auch die Monatszeitung Vorwärts, von aktiven Mitgliedern der SOV zusammengestellt und geschrieben. Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und Lob. Die jeweiligen VerfasserInnen stehen unseren Leserinnen und Lesern und auch anderen politischen Organisationen und Parteien auch gerne für Diskussionen und Referate zur Verfügung.

Katja Arthofer
John Evers

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Verleger/Redaktion
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV)
Kaiserstr. 14/11
1070 Wien

Druck:

Umschlag: Druckerei Brücke, 1010 Wien
Kern: Duplikat Copy, 1060 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Im Brennpunkt der Debatte:

Konzepte gegen Arbeitslosigkeit



Als „nicht sehr ambitioniert“ bezeichnet selbst die EU-Kommission den österreichischen Beschäftigungsplan (NAP). Statt der versprochenen schrittweisen Halbierung der Arbeitslosenrate, werden auch diesen Winter wieder mehr Menschen, als je zuvor in den letzten vierzig Jahren, ohne Job dastehen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht für viele politische Parteien und Organisationen im Mittelpunkt: Grüne und Liberale fordern die Grundsicherung, aus GPA und KPÖ kommen Forderungen die sich an die Konzepte der „Linksregierung“ Frankreichs anlehnen.

Stellvertretend für die laufende Debatte in der Linken stehen drei neue Publikationen auf dem Prüfstand: „fairteilen“ - Die Grüne Grundsicherung, „Die Wende ist machbar“ - Das Beschäftigungspolitische Konzept der KPÖ und „Arbeitsplätze schaffen - Arbeitszeit verkürzen!“ - Herausgegeben von der SOV.

In allen drei Broschüren wird umrissen, welche gesellschaftliche und soziale Katastrophe das Problem Massenarbeitslosigkeit bedeutet: „Arbeitslose werden ausgesgrenzt, Familien gleiten in die Armut, einige wenige werden immer reicher, während immer mehr Menschen immer ärmer werden“ (Grüne). „Insgesamt sind derzeit pro Jahr etwa 700.000 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen“ (KPÖ). „Die Ungleichheit zwischen reich und arm ist jetzt größer als in irgend einer Zeit in der Geschichte des Kapitalismus. Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jetzt weltweit auf dem selben Niveau wie in den 30er Jahren“ (SOV).

Wer oder was verursacht Arbeitslosigkeit?

Diese „logische“ nächste Frage, wird in sehr unterschiedlicher Weise beantwortet. Bei den Grünen ist bereits hier (bestenfalls) Sprachlosigkeit erkennbar. Sie sprechen in einem einzigen Satz von notwendigen Alternativen zum „Marktradikalismus und Turbokapitalismus“ und geben gleichzeitig zu: „Was die grüne Grundsicherung nicht kann: Arbeitslosigkeit abschaffen, Profitgier und internationalem Kapitalismus die nötigen Schranken setzen.“ Warum die Grünen ein sozialpolitisches Programm zur Arbeitslosigkeit publizieren und bereits auf der ersten Seite zugeben, dieses Problem nicht wirklich bekämpfen zu können, ist eigentlich schwer zu beantworten.

Die KPÖ beschreibt die - ihrer Meinung nach - entscheidenden Ursachen des Problems etwas genauer: Der „Beitritt zur EU und die massiven Privatisierungen“, die „Unterordnung“ der offiziellen Politik unter „den Machtanspruch des Kapitals“. So sehr der KPÖ beizupflichten ist, daß „diejenigen, die jetzt Krokodilstränen über den Brutalo und Turbokapitalismus vergießen“, tatsächlich „zu seiner Durchsetzung beigetragen haben“, greift auch die KPÖ-Analyse zu kurz. Nicht der EU-Beitritt, sondern vor allem die damit verbundene - im

Zeichen von Maastricht stehende - Sozialabbaupolitik ist das Problem. Der Maastrichtvertrag wurde übrigens auch von der französischen Linkeregierung - in der „KommunistInnen einen starken Einfluß haben“ (Zitat aus der KPÖ-Broschüre) - akzeptiert.

Völlig ausgeblendet wird - wie oft in der Debatte - der Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung, obwohl dieser die Rahmenbedingungen in denen sich soziale und politische Auseinandersetzungen entwickeln können, vorgibt. Die SOV-Broschüre setzt hier an und beschreibt „Arbeitslosigkeit“ vor allem als Ausdruck der wirtschaftlichen Krise: „Die weltweiten Wachstumsraten sinken kontinuierlich. Anfang der 70er Jahre lagen sie zwischen 4,9 und 6,5 %, Mitte der 80er zwischen drei und fünf Prozent. Die gesamten 90er Jahre wuchs die Weltwirtschaft jährlich unter vier Prozent bzw. stagnierte sogar. Die Arbeitslosenrate in der EU schwoll von unter 3 Prozent (Anfang der 70er) auf offiziell rund 11 Prozent in den 90er Jahren an“.

Das Grüne „Experten“-Modell

Entsprechend der - nicht vorhandenen - Analyse, bewegt sich das grüne Konzept im „luftleeren“ Raum. Es ist über weite Strecken die Aneinanderreihung einiger - nicht besonders radikaler - Forderungen, die vor allem Frauen, Kinder und Arbeitslose betreffen. Grundsicherung wird als Schlagwort eingesetzt, unter dem z.B. auch die „Grundsicherung

von Bildung und Ausbildung" verstanden wird. In diesem Zusammenhang wird u.a. der freie Bildungszugang und die Rücknahme der Selbstbehalte gefordert. Kernstück der grünen Forderung ist eine finanzielle Grundsicherung von öS 6.000,- plus öS 2.000,- Wohngeld. Diese Grundsicherung soll für Menschen ohne ausreichendes Einkommen - z.B. Arbeitslose, bei Bildungs- und Erziehungskarenz, bei PensionistInnen und NiedrigverdienerInnen - vom Staat bezahlt werden. Die Grünen sprechen zwei Hauptprobleme dieses Modells selbst an:

Lohnsubventionierung und Sozialstaatsersatz?

Zum Thema Lohnsubventionierung - also Unternehmer stellen ArbeitnehmerInnen zu einem symbolischen Lohn ein und lassen den Rest über die Grundsicherung abdecken - fällt den Grünen nur ein Satz ein: „In anderen Politikbereichen muß sichergestellt werden, daß Erwerbseinkommen zumindest bei Vollerwerb so hoch sind, daß Menschen davon auch leben können.“ Auch wenn die Grünen ihr Konzept nicht als „System der Lohnsubventionierung“ verstehen wollen, wird es aber unweigerlich zu einem solchen, wenn es nicht in einen Rahmenvorschlag zur Herstellung von entsprechenden Mindestlöhnen, ... eingebettet und mit diesem untrennbar verbunden ist.

Die zweite „Gretchenfrage“ beschreiben die Grünen im Zusammenhang mit dem Grundsicherungsmodell der Liberalen: „Für sie (Anm: das LIF) ist die Grundsicherung eine Abschlagzahlung für die grenzenlose Liberalisierung. Das geben sie indirekt auch zu, wenn sie meinen, daß eben ein Teil der Menschen keinen Platz am Arbeitsmarkt mehr haben wird“ Tatsächlich akzeptieren aber auch die Grünen - alleine schon dadurch, daß sie hier kein Konzept vorlegen - das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Die Grünen bekennen sich zwar zum Sozialstaat und zur Sicherung staatlicher Infrastruktur. In ihrem

Konzept finden sich aber Schlagworte, die jenen der Liberalen gleichen. Auch die Grünen wollen das Sozialversicherungssystem „vereinfachen“ und beantworten die selbst gestellte Frage, ob mit ihrem Modell die Faulen über die „Fleißigen und Anständigen“ siegen: „Die Grüne Grundsicherung gibt es nicht automatisch ... Veweigern sie (die Arbeitslosen) zumutbare Angebote, kann ihnen die Grundsicherung schrittweise bis auf 4.200 Schilling gekürzt werden.“ Zur Information: Das ist weniger als die Hälfte des zur Zeit durchschnittlichen Arbeitslosengeldes. Der Kreis schließt sich also: Wer nicht damit beginnt, die Verantwortlichen für das Problem Arbeitslosigkeit zu benennen, endet letztlich doch bei der „Ausgrenzung von Arbeitslosen“.

Arbeitszeit verkürzen – warum, wie und wieviel?

Die KPÖ präsentiert als erste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die „sofortige und generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ersten Schritt zu einer radikalen Arbeitszeitverkürzung“. In einem Nebensatz wird auch die Senkung der Lebensarbeitszeit gefordert. Penibel werden die nicht abgegoltene Produktivitätssteigerung (seit 1995 plus 15 % in der Industrie), die Abnahme der Krankenstände aus Angst vor Entlassungen (minus 2 Tage/p.a.) aufgelistet. Die KPÖ beschreibt selbst, daß die Forderung nach 35 Stunden nicht mehr ausreicht - weil diese nur rund 62.000 neue Arbeitsplätze schafft.

Ihre Schlußfolgerung ist aber nicht eine sofortige, radikale Arbeitszeitverkürzung - die SOV fordert hier die 30 Stundenwoche - sondern ein Bündel von anderen Maßnahmen. Neben richtigen und wichtigen Forderungen wie: „Ein Mindestlohn von öS 15.000, 70.000 neue Betreuungsplätze für Kinder, die Ablehnung jeder Zwangsverpflichtung für Arbeitslose, freien Bildungszugang auf allen Ebenen, die vollständige

Integration der Berufsausbildung in das öffentliche Bildungssystem“... finden sich auch einige fragwürdige Ansätze im KPÖ-Programm. Es wird nur ein Privatisierungsstopp (und nicht die komplette Rücknahme aller Privatisierungen) bei staatlichen Betrieben und Einrichtungen, sowie der Rückkauf (!) der Ex-Verstaatlichten gefordert. Warum hat eine Kommunistische Partei offensichtlich Probleme mit der entschädigungslosen Enteignung des Großkapitals? Auch auf der internationalen Ebene ist die KPÖ-Position sehr zaghaft und unterscheidet sich kaum von offiziellen ÖGB-Positionen: „Wir treten für eine Änderung der Prioritätenliste in der EU zugunsten von Beschäftigung und sozialer Grundsicherung ein“. Nicht einmal die sofortige Rücknahme des Maastrichtvertrages und aller damit verbundenen Sparmaßnahmen wird verlangt.

Wer soll bezahlen?

Die Grünen haben für ihre Vorschläge einen „big spender“ vorgesehen: Den Staat. Sie sehen die Kosten für das „Grüne Grundsicherungsmodell“ von rund 30 Milliarden durch einige einfache Umschichtungen im bestehenden Budget gedeckt: Weniger Rüstung, Eintreibung von Steuerschulden der Unternehmer, Umschichtungen bei den Steuern „ohne, daß sich insgesamt eine höhere Steuerbelastung ergibt“. Der einzige Punkt, wo konkret zur Kassa gebeten wird, ist die völlig asoziale Forderung noch einer einkommensunabhängigen (!) Pflichtversicherung von öS 200,- p/m. für alle zwischen 19 und Pension.

Die KPÖ setzt damit an, daß 85 % der Staatseinnahmen von den ArbeitnehmerInnen bezahlt werden und stellt darauf „aufbauend“ einige Forderungen, die hier eine eindeutige Umverteilung von „oben nach unten“ bedeuten würden: Anhebung der Profit und Kapitalbesteuerung, Wiedereinführung der Vermögenssteuer ...

Allerdings ist z.B. - die durchaus auch im traditionellen gewerkschaftli-

chen Repertoire enthaltene Wertschöpfungsabgabe nicht angeführt.

Die gesamte KPÖ-Argumentation läuft allerdings darauf hinaus, zu erklären, daß die beschäftigungspolitische Wende im Rahmen des Kapitalismus - relativ einfach - machbar und nur eine Frage des Willens der verantwortlichen Politik(er) ist. Die Wende der KPÖ wird dadurch äußerst begrenzt: „auch eine solche Politik könnte den laufenden Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierungen nicht völlig verhindern“, die Argumentation teilweise fatal. Kritiklos wird das französische Arbeitszeitverkürzungsmodell (und indirekt das italienische) als Beispiel für die einfache „Machbarkeit“ der „Wende“ herangezogen: „Es ist nicht bekannt, daß der französische Kapitalismus durch diese Projekte zusammengebrochen wäre“. Gerade der nur hinhaltende Widerstand der Unternehmer ist ein Beleg für die Fragwürdigkeit dieses Projekts: Diese Arbeitszeitverkürzung ist mit Hinterläufen gespickt, „mit der gleichzeitig weitere Deregulierungen und Flexibilisierungsmaßnahmen“ durchgeführt werden. Dieses Gesetz soll nur für Betriebe unter 20 Beschäftigte gelten. Um die Arbeitszeitverkürzung zu umgehen, werden die Unternehmer Subunternehmen gründen und damit die Belegschaft spalten“ - die wöchentlich mögliche Arbeitszeit „liegt weiter bei 48 Stunden“ (SOV). Die italienische „Arbeitszeitverkürzung“ kam überhaupt nur im Abtausch für ein Bündel von Sozialabbaumaßnahmen zustande.

Wie kann Arbeitslosigkeit bekämpft werden?

Die Frage der konkreten Umsetzung der Forderungen ist sowohl im Programm der Grünen, wie auch der KPÖ, der schwächste Punkt. Den Grünen geht es um den „sozialen Frieden“ und „fairteilen“ von Reichtum. Sozialer Frieden und faire Verteilung sind im Kapitalismus (auch

ohne Turbo) unvereinbare Widersprüche. Mehr noch, diese Forderungen in einem Atemzug, sind ein Schlag ins Gesicht jener Menschen, die den „sozialen Krieg“ in Form von Massenarbeitslosigkeit und Armut tagtäglich miterleben und darüber nachdenken, sich zur Wehr zu setzen. Kein Wort findet sich bei den Grünen über soziale und Arbeitslosen-Bewegungen - wohl kein Zufall bei einer Partei, die sich von diesen Bewegungen systematisch abgekoppelt hat. Der KPÖ geht es um Umverteilung von Reichtum. Sie hat zur Umsetzung dieser Forderung auf 20 Seiten allerdings nur zwei Sätze verfaßt: Was von Staat und Regierung vorenthalten wird, muß „selbst erkämpft“ werden und „die KPÖ tritt ... für eine aktive und kämpferische Lohnpolitik der Gewerkschaften ein“ Beispiele von Bewegungen und Angeboten für Aktionen finden sich keine.

Die Kampagne der SOV

Die SOV vertritt ein Gesamtkonzept, daß aus vier Punkten besteht:

- Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn

„Eine sofortige Einführung der 30-Stundenwoche würde das Druckmittel Arbeitslosigkeit derart schnell beseitigen, daß die in den Betrieben verbleibende Arbeit von neu einzustellenden Personen gemacht werden müßte.“

- Der 6-Stundentag

Weil „Flexibilisierung die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigen bzw. aufheben kann.“

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit

„Neben den gesundheitlichen Aspekten bringt (das) die Möglichkeit die Erwerbsbiographie selbständiger zu gestalten... - eine Machtverschiebung zugunsten der ArbeitnehmerInnen und zur Hebung der Lebensqualität. Wir wollen das die Kosten vom Unternehmer getragen werden.“

- Nein zur Sonntagsarbeit

„weil gemeinsames soziales Leben wichtiger ist als die Profite der Unternehmer.“

Arbeitslosigkeit ist ein Mittel zur Umverteilung: Die Unternehmer entledigen sich durch sie der Kosten für wirtschaftliche Krisen und wälzen diese auf die Masse der Bevölkerung ab. Alle Forderungen der SOV zielen deshalb in eine Richtung: Sie werden als Mittel der Umverteilung von Reichtum und Macht zugunsten der ArbeitnehmerInnen verstanden. Die SOV vertritt die Meinung, daß jede auch nur kleine und kurzfristige Verschiebung zugunsten von ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendlichen, ... nur das Ergebnis einer offenen Auseinandersetzung mit den Unternehmern und der etablierten Politik sein kann und wird. In diesem Sinne werden in der SOV-Broschüre österreichische und internationale Beispiele von Arbeitslosen, Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen genannt. Vor allem bietet die SOV auch ihre Arbeitszeitverkürzungskampagne „zum Mitmachen“ an.

John Evers

Die besprochenen Broschüren:

• „fairteilen“ Die Grüne

Grundsicherung, Wien Oktober 1998

Erhältlich bei:

Bundesbüro der Grünen, Lindengasse 40, 1070 Wien

• „Die Wende ist machbar“ - Das Beschäftigungspolitische Konzept der KPÖ, Wien Oktober 1998

Erhältlich bei:

KPÖ, Weyringergasse 33, 1040 Wien

• „Arbeitsplätze schaffen-Arbeitszeit verkürzen“ - Herausgegeben von der Sozialistischen Offensive Vorwärts, Wien September 1998

Erhältlich bei:

SOV, Kaiserstr. 14, 1070 Wien
(siehe auch Anzeige auf der Rückseite)

7. Weltkongreß des Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (KAI)/Committee for a Workers International (CWI)

Ist der Kapitalismus am Ende?



Vom 23. bis 30. November 1998 fand der 7. Weltkongreß des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale/Committee for a Workers International (KAI/CWI) statt. Die über 100 Delegierten, beratenden Delegierten und Gäste aus allen Teilen der Welt diskutierten programmatiche und perspektivische Fragen. Im Zentrum aller Diskussionen stand die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Niedergang des Kapitalismus, der seinen jüngsten und dramatischsten Ausdruck in der Krise in Südostasien und Rußland findet. Entscheidend war die Frage der Organisationen der ArbeiterInnenklasse - der traditionellen wie der neuen Formationen - und Fragen des Organisationsaufbaus. Vorwärts extra gibt auf den nächsten Seiten einen Überblick über die wichtigsten Diskussionen und Einschätzungen, die vollständigen Dokumente des Weltkongresses werden in der nächsten Zeit veröffentlicht. Die in den Artikeln angeführten Zitate stammen entweder aus den Dokumenten zum Weltkongreß oder aus Wortmeldungen von GenossInnen.

Für MarxistInnen gab es in diesem Jahrhundert mehrere entscheidende Wendepunkte - die Russische Revolution 1917, die Periode unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Errichtung der deformierten ArbeiterInnenstaaten in Ostereuropa und China und dann der Zusammenbruch des Stalinismus 1989-91. Dieser wurde als das „Ende der Geschichte“ und endgültiger Sieg des Kapitalismus gefeiert. Es war nur eine militärische Supermacht - die USA - übriggeblieben, der Kapitalismus stand global „ohne Konkurrenz“ da. Trotzdem befindet er sich heute an der Schwelle zu einer Wirtschaftskrise, die internationale Ausmaße hat: „Der Umbruch, der in Asien begonnen hat, ist eine klassische Krise des Kapitalismus, die sich in Überkapazität und sogar Überproduktion ausdrückt.“

Dies ist aber kein Problem, das auf einzelne Regionen beschränkt bleibt, sondern die gesamte Weltwirtschaft betrifft. Die Konkurrenz steigt stetig an, da die nach den Abwertungen billigeren Exporte aus Asien auf die Märkte drängen. Vor allem für jene Exporten, die ursprünglich nach Asien gegangen wären, werden nun neue Märkte

gesucht. Die Konkurrenz um die sinkende Zahl von Abnehmern steigt.

„40 % der Weltwirtschaft befinden sich bereits in der Depression.“ (Lynn W., GB)

Die südostasiatischen „Tigerstaaten“, die noch vor wenigen Monaten als Modelle gepriesen wurden, waren der Auslöser (wenn auch nicht die Ursache) der momentanen Krise. Japan, das bei der letzten Krise noch einsprang, um „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“, steckt heute selbst in einem Morast von uneintreibbaren Schulden: „Trotz all des Gejammers der bürgerlichen Experten gibt es sehr wenig, was Japan tun könnte, um den düsteren Zeitpunkt von Rezession und Wirtschaftskrise hinauszuschieben.“ Die Kapitalflucht aus den „Hoffnungsmärkten“ in die „sicheren Häfen“ (USA, Westeuropa), hat vor allem für Rußland und Lateinamerika dramatische Folgen gehabt. „Es ist zwar wahr, daß viele lateinamerikanische Unternehmen noch immer Profitraten auf Rekordhöhe haben, aber das kann nicht von Dauer sein, besonders dann, wenn die Krise in den USA selbst zuschlägt.“ Bereits jetzt gibt es aufgrund von

Kürzungspolitik in ganz Lateinamerika eine verschärzte Polarisierung und z.B. in Brasilien können soziale Explosions wie in den 70er und 80er Jahren nicht ausgeschlossen werden.

„Der Clinton-Boom, der sich v.a. auf Konsum gestützt hat, kommt nun zu einem Ende. Es gibt neue Rekorde bei Bankrott von Unternehmen, Banken aber auch Haushalten.“ (Alan F., USA)

Die US-Wirtschaft hat bereits begonnen, sich zu verlangsamen und wird in der nächsten Zeit in eine Rezession rutschen. „Die Weltwirtschaft ist aber in gefährlichem Ausmaß abhängig von den USA, und das zu einem Zeitpunkt, wo dem Aufschwung in den USA und in der Europäischen Union die Luft ausgeht. Das deutet in Richtung einer Depression der Weltwirtschaft oder einer gleichzeitig ablaufenden tiefen Rezession.“ Die Weltwirtschaft ist heute verwundbarer als zu jeder anderen Zeit seit den 30er Jahren. Es ist anzunehmen, daß die kommende Krise eher den Charakter der Krise von 1929 oder zumindest jener von 74/75 haben wird, als mit jenen von 81/82 und von Anfang der 90er Jahre vergleichbar zu sein.

Scheitern des Euro

Aufgrund der internationalen Krise des Kapitalismus, der internationalen Vernetzung und besonderen Exportabhängigkeit der europäischen Wirtschaft, bewegt sich auch diese im kommenden Jahr auf eine Rezession oder gar Depression zu.

Damit wird aber auch das Gelingen des zentralen Projektes der europäischen Bourgeoisie - des Euro - fraglich. Die Europäische Währungsunion (EWU) soll eine gemeinsame Währung als Gegenpol zum US-Dollar aufbauen. Zweitens dienen und dienen die Maastricht-Kriterien als Waffe gegen die europäische ArbeiterInnenklasse. Sie sind ein entscheidendes Argument, um in allen europäischen Staaten Sozialabbau, Flexibilisierung und Deregulierung durchzuführen.

Eine gemeinsame Währung verschiedener Nationalstaaten kann aber nur solange funktionieren, solange die gemeinsamen Interessen der verschiedenen nationalen Kapitalisten - gegen die anderen Wirtschaftsblöcke USA und Japan - überwiegen. Die gemeinsame Währung bzw. die fixen Wechselkurse zwischen den Währungen würden es für die Nationalstaaten allerdings auch verunmöglichen, Währungsabwertungen als Instrument der Wirtschaftspolitik einzusetzen und so Ungleichheiten zwischen Staaten abzufedern.

„Das EU-Projekt hat daher die Tendenz auseinanderzubrechen, wenn die Weltwirtschaft sich in eine Depression bewegt und die EWU-Länder sich immer weiter auseinander bewegen.“

„Die Ausgangsbedingungen für die Krise sind heute ganz anders als in der Vergangenheit. Bei der Rezession 1975 lag die Arbeitslosigkeit bei nur 2,5 %, 1993 bereits bei 22,4 %. Als in der Krise 1974/75 300.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, reagierte der belgische Staat indem er 200.000 Jobs im öffentlichen Sektor schuf. Heute gibt es bereits vor einsetzen der Krise Sozialabbau!“ (Eric - Belgien)

Globalisierung

Einen zentralen Diskussionspunkt stellt die „Globalisierung“, ihre ökonomische und ideologische Bedeutung und ihre Grenzen dar. Während es einerseits falsch wäre, so zu tun, als ob sich „nichts verändert“ hätte, ist es andererseits wichtig, auf die Beschränktheit des Prozesses und seine politische Komponente hinzuweisen.

Vor allem durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, die nun tatsächlich global sind, hat sich der Kapitalismus verändert. Trotzdem wäre es falsch, von einer eigenen - „nachimperialistischen“ - Phase zu sprechen. Die Globalisierung ist ein durchaus beschränkter Prozeß, der durch die Krise des Kapitalismus und dem Wunsch nach mehr Schutz der eigenen Märkte (= Protektionismus) bereits aufgeholt wurde. Illusionen in nationale Auswege aus der Krise durch neo-keynesianistische Konzepte, wie sie von manchen Globalisierungskritikern, aber seit neuestem auch von (ehemals) hartgesottenen Monetaristen, geschürt werden, müssen angesichts der vor allem auch durch die Krise verengten ökonomischen Handlungsspielräume ins Reich der Träume verwiesen werden.

Auch die Perspektive für einen friedlichen Kapitalismus ist realitätsfremd, da der Kapitalismus seine Basis (noch wie vor) in den verschiedenen hochgerüsteten Nationalstaaten hat - mit allen dazugehörigen Konfliktpotentialen. Die Globalisierung kann nicht einfach als unbekämpfbares „höheres Gesetz“ akzeptiert werden. Sie spielt ebenso eine Rolle als ideologische Waffe des Kapitals gegen die ArbeiterInnenklasse.

Der ganz normale Wahnsinn

Die Krise des Kapitalismus bringt auch eine Verschärfung der sozialen Gegensätze mit sich. Die „neokolonialen“ Staaten stecken bereits in einer tiefen Schuldenkrise und sind darüber hinaus noch vom allgemeinen Rückgang der Rohstoffpreise stark betroffen. Diese sind in den 70er, 80er und

90er Jahren drastisch gefallen und in realen Werten heute niedriger als vor der großen Depression der 20er Jahre. „Die Zahlen der Vereinten Nationen bezüglich Armut in der unterentwickelten Welt sind uns „vertraut“ geworden: etwa ein Viertel der Weltbevölkerung - ca. 1,3 Milliarden Menschen - leben von einem Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag. Fast eine Milliarde sind AnalphabetInnen. Rund 840 Millionen hungern oder leben von der Hand in den Mund. Darüber hinaus beträgt die Lebenserwartung für fast ein Drittel der Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern weniger als 40 Jahre, während die Menschen, die das Glück haben, im entwickelten Westen zu leben, damit rechnen können, fast 80 Jahre alt zu werden.“

Der Abgrund zwischen reich und arm wird immer größer. Der Anteil der ärmsten 20 % der Weltbevölkerung am Weltinkommen steht bei jämmerlichen 1,1 %. 1991 waren es noch 1,4 %, 1960 noch 2,3 %. 1960 war das Einkommen der obersten 20 % 30 mal höher als das der ärmsten 20 %. 1961 war es 61 mal höher. Laut UNO ist es nach den neuesten Zahlen 78 mal so hoch.“

Doch damit noch nicht genug: Unter dem Schlagwort „freier Handel“ wird versucht, weitere Märkte aufzubrechen. „So ist z.B. geplant, das Lome-Abkommen, das 71 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten bevorzugten Zugang zu europäischen Gütern gewährt, zu ersetzen ... dieses Abkommen wird im Jahr 2000 auslaufen und jedes neue Abkommen muß den neuen, strengeren Regeln entsprechen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) eingeführt worden sind, die - wie Weltbank und IWF - ein Werkzeug des westlichen Imperialismus ist ... Mit anderen Worten: Das Muster der bisherigen imperialistischen Herrschaft soll sich fortsetzen.“

„In Sri Lanka wird die Politik vom Krieg bestimmt - in den letzten 10 Jahren haben sich die Staatsausgaben dafür verfüngigfacht. Die Analphabetenrate ist daher auch wieder stark

allerdings nicht vorhanden. Selbst sozialdemokratische bzw. ex-Kommunistische Parteien betreiben Sozialabbau und Privatisierungspolitik.“ (Petr J. - Tschechische Republik)

Die soziale Situation ist bereits in Zeiten eines Aufschwungs düster - die europäische ArbeiterInnenklasse sieht sich mit täglich wachsender Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Ausgehend davon, daß „die Asienkrise und das Ende des Aufschwungs in den USA dramatische Effekte auf die Wirtschaftsperspektiven für Europa haben werden“, kann mit einer „Zunahme des Tempos des Widerstandes der ArbeiterInnenklasse gegen die neoliberalen Politik der Bourgeoisie“ gerechnet werden. In Europa fanden seit Mitte der 90er Jahre eine ganze Reihe von Klassenkämpfen statt: Gegen Privatisierung und Sozialabbau, wie die BusfahrerInnen in Dänemark, offensive Kämpfe, wie jene der LKW-FahrerInnen in Frankreich, Massenstreiks, wie die Bewegung in Frankreich 1995 und solche, mit einem internationalen Anspruch, wie in Belgien. In diesen Kämpfen existierte nirgends ein „sozialistisches Bewußtsein“, aber sie beinhalteten bereits klare antikapitalistische Elemente.

„Diesen Herbst haben die 400 ArbeiterInnen der Metallfabrik 'Universal' in Süddeutschland nicht nur die Fabrik besetzt, als sie mit Schließung bedroht waren, sondern für eine Zeitlang auch die vier größten Banken in der Stadt.“ (Aron Amm, Deutschland)

Welt in Bewegung

Außerhalb Europas sind bereits sehr dramatische Effekte der Krise zu sehen. „In Asien und anderen Teilen der wirtschaftlich unterentwickelten Welt wird eine betont antiimperialistische und mehr nationalistische Stimmung eine der Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Krise sein.“ Im Gegensatz zu den 70er Jahren, wo die nationale Bourgeoisie noch teilweise eine fortschrittliche Rolle spielte und Reformen durchführte, agiert diese heute anders

„Die Bourgeoisie der ehemaligen kolonialen und halbkolonialen Staaten ist im Verlauf der 90er Jahre praktisch zu einem Handlanger des Imperialismus geworden. Sie ist v.a. ein Transmissionsriemen für die Programme, Politik und Ideologie des Imperialismus.“ Trotzdem kann sie unter dem Druck der Bevölkerung zu begrenzten Verbesserungen gezwungen werden. Ein erster Schritt für eine tatsächliche Lösung bestünde aber in der sofortigen Streichung aller Schulden.

„Als SozialistInnen wissen wir, daß Protektionismus die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen kann - es hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt, daß das der falsche Weg ist.“ (Rotimi, Nigeria)

Ein Beispiel für die möglichen politischen Folgen der Krise ist Indonesien, wo die ökonomischen und sozialen Probleme einen revolutionären Prozeß in Gang gesetzt haben, der im Mai '98 den langjährigen Diktator Suharto stürzte und noch wie vor nicht zum Stillstand gekommen ist. „Indonesien steht vor einem langen wirtschaftlichen Todeskampf, verknüpft mit massiven Aufständen, die über Asien hinausgehen und auf die ganze Welt Auswirkungen haben werden.“

Chancen und Risiken

„Die Auswirkungen der Krise werden aber natürlich nicht nur positiv für die ArbeiterInnenbewegung und die -klasse sein.“ Dort wo und dann wenn der „subjektive Faktor“ in Form einer revolutionären und sozialistischen Partei, die die Bewegung weiterführen kann, fehlt, existiert die sehr reale Gefahr, daß die Reaktion in Form von Rassismus, Faschismus, Nationalismus und religiösem Fundamentalismus das bestehende politische Vakuum füllt.

„Obwohl der Vlaams Block seit 1988 seine Isolation überwunden und über 200 Gemeinderäte hat, ist seine Basis doch nicht stabil und er kann durch Massenbewegungen und wenn eine Alternative aufgezeigt wird zurückgedrängt werden. Die Stimmung in Belgien ist trotz der Wahlunterstützung für den Vlaams Block nicht

faschistisch sondern v.a. antikapitalistisch - darauf müssen sie in ihrer Propaganda auch Rücksicht nehmen.“ (Els, Belgien)

Es muß aber auch angemerkt werden, daß der islamische Fundamentalismus nicht mehr über jene Massenunterstützung und Attraktivität verfügt, wie in der Vergangenheit. Dies zeigt sich vor allem im Iran, wo die Position der „Hardline - Fundamentalisten“ geschwächt wurde. Der 1997 gewählte Präsident Khatami repräsentiert jenen Flügel, der dem wachsenden Druck der Massenopposition nachgeben möchte.

„Wenn die Mullahs diesen Weg nicht gehen, werden sie ohne Zweifel dasselbe Schicksal erleiden wie der Schah 1979. Bei jeder Gelegenheit haben die Massen die kleinsten Zugeständnisse genutzt, um auf die Straße zu gehen und das Regime in Frage zu stellen.“ Die sozialen Verbesserungen, die die Mullahs in den 80er Jahren einerseits wegen des Drucks der Massen und andererseits wegen der Existenz der Sowjetunion durchführten, stehen heute nicht auf der Tagesordnung. „Im Lichte dieser Entwicklung hat die Attraktivität des radikalen islamischen Fundamentalismus abgenommen.“ Trotzdem stellt er natürlich nach wie vor eine - wenn auch im Gegensatz zu früher - weniger stabile Gefahr dar.

„Eine der Hauptmerkmale der bevorstehenden Periode wird die Entwicklung von wirtschaftlichen, politischen und sogar militärischen Konflikten innerhalb der wichtigsten Regionalblöcke sein, dann, wenn die verschiedenen Mächte versuchen, ihre eigenen Interessen zu verteidigen.“ Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan ist nur eines der vielen hochexplosiven Pulverfässer, die auf der ganzen Welt existieren.

Eine Frage des Bewußtseins

„Wie die ArbeiterInnenklasse zuerst reagiert, wenn sie mit einer neuen Rezession oder tiefen Krise konfrontiert ist, hängt von vielen Faktoren ab. Diese beinhalten: Wie ist die

Stimmung unter den ArbeiterInnen, wie selbstbewußt ist die Klasse und welchen Stand hat das Bewußtsein zu jenem Zeitpunkt, wenn die neue Krise einsetzt?“ In der zurückliegenden Periode ist auch deutlich geworden, wie sich Bewußtsein verändern kann. „In all diesen Kämpfen haben die Massen begonnen, einige anti-kapitalistische Forderungen, wie Verstaatlichung oder Wieder-Verstaatlichung sowie die Enteignung von Unternehmen und des Vermögens der Kapitalisten aufzustellen.“

„Der Kapitalismus ist nicht nur in einer Finanzkrise und einer ökonomischen Krise, sondern auch in einer politischen Krise“. (Tony S. -

Internationales Sekretariat)

„Die bevorstehende Krise ist die ernste, der sich die Bourgeoisie in Europa seit den 30er Jahren gegenüber sieht. Zur selben Zeit ist die ArbeiterInnenklasse in Europa im gesamten intakt und bleibt die mächtigste soziale Kraft in der Gesellschaft. Bis jetzt hat sie ihre Stärke und ihre Fähigkeit zu kämpfen nur teilweise gezeigt.“ Die Kämpfe der letzten Monate und Jahre sind erst der Anfang gewesen, wir können davon ausgehen, daß das Pendel in der nächsten Periode nach links ausschlagen wird. Gleichzeitig ist das Selbstbewußtsein der herrschenden Klasse angeschlagen: „Was die neue Welt-

ordnung sein sollte hat sich als neue Welt-Unordnung entpuppt, die mit zunehmender Geschwindigkeit Krisen hervorbringt.“ Der Zusammenbruch des Stalinismus hat die ArbeiterInnenklasse im ideologischen und politischen Sinn zunächst entwaffnet. Die Rechts-Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien und auch der ehemaligen stalinistischen Parteien hat die ArbeiterInnenklasse ohne Führung gelassen. Der Aufbau einer neuen internationalen und sozialistischen Partei und Bewegung ist für den siebten Weltkongreß des CWI die wichtigste Aufgabe der nächsten Periode.

Sonja Grusch

7. Weltkongreß des Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI)/Committee for a Workers International (CWI)

Für neue ArbeiterInnenparteien!



Der Zusammenbruch des Stalinismus hatte enorme Auswirkungen auf die Linke weltweit: Viele KPs brachen in den Folgejahren auseinander, suchten verzweifelt nach einer Daseinsberechtigung. Befreiungsbewegungen wie die PLO und der ANC suchten nicht nur die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, sondern entwickelten sich zur Stütze der kapitalistischen Ordnung. Bis auf wenige Ausnahmen herrschte innerhalb der Linken Verwirrung und Stagnation vor. Die Frage der Neuformierung der internationalen ArbeiterInnenbewegung stellt sich seither.

Auch für viele der fortgeschrittenen ArbeiterInnen bedeutete der Zusammenbruch, verbunden mit der neoliberalen Offensive der Bürgerlichen, deren Selbstvertrauen stieg,

einen Rückschritt. Obwohl das System alles andere als sozialistisch war, stellte es doch eine Alternative zum Kapitalismus dar: „Die Auswirkungen des Kollaps des Stalinismus waren hauptsächlich subjektiver Natur - auf Bewußtsein, Führung und den politischen Zusammenhalt der ArbeiterInnen - aber es erlaubte auch der Bourgeoisie, ihre neoliberalen Offensive gegen die ArbeiterInnenklasse zu intensivieren. Der Zusammenbruch des Stalinismus öffnete die Schleusen für den bürgerlichen Triumphzug, weiter verstärkt durch die Verbürgerlichung der traditionellen (ArbeiterInnen)Parteien. Nichtsdestotrotz, die heutige Situation ist entscheidend anders als die der 30er Jahre, als die ArbeiterInnenklasse eine Reihe ernster Niederlagen erlitt; mit dem

Sieg des Faschismus in vielen Ländern und der politischen Konterrevolution (Stalinisierung) in Rußland.“

Verbürgerlichung der Sozialdemokratie

Der Niedergang des Weltkapitalismus seit Mitte der 70er Jahre und die daraus geringer werdenden Spielräume für das Kapital, nahmen dem klassischen sozialdemokratischen Reformismus die materielle Grundlage. Aufgrund des Zusammenbruchs des Stalinismus und der ideologischen Offensive des Kapitals rückten diese Parteien weiter nach rechts. In und durch diesen Prozeß veränderte sich auch die soziale Zusammensetzung dieser Organisationen entscheidend: Von Parteien die über eine (aktive)

Massenbasis in der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften verfügen, wurden sie zu Vereinen für Wahlkampagnen, getragen von VertreterInnen der sogenannten „neuen“ Mittelschichten. Von einem Instrument der Bourgeoisie entwickelten sich die „traditionellen Massenparteien“ zu einem Teil der Bourgeoisie selbst. Die Sozialdemokratie heute ist Trägerin des EURO-Projekts und des damit zusammenhängenden Maastricht-Sozialabbaus. Der Zusammenbruch von klassischer Sozialdemokratie und Stalinismus hinterließ ein politisches Vakuum, in das verschiedenste - auch extrem rechte - Kräfte drangen.

Das CWI und seine Mitgliedssektionen zogen aus dieser Entwicklung schon in der vergangenen Periode den Schluß, daß die Gründung und der Aufbau neuer ArbeiterInnenorganisationen notwendig ist.

Linke Wahlerfolge, leere Organisationen

Während sich in den letzten Jahren die Ablehnung der herrschenden Politik oft in Wahlerfolgen von „nicht klassisch bürgerlichen Parteien“ (SPD- und Labour Party-Siege) bzw. sogar (ex)stalinistischen Parteien (deutsche PDS) zeigte, gibt es in Europa kaum neue breite linke-reformistische Allianzen oder Parteien, die auch Zulauf aus der Jugend und kämpferischer Teile der ArbeiterInnenschaft haben.

Die große Ausnahme in Europa stellt hier die PRC (Partito della Rifondazione Comunista) dar. Sie entstand 1991 aus der PCI, der italienischen KP. Den anderen Teil innerhalb der Spaltung bildete die - ähnlich den sozialdemokratischen Parteien Europas - bürgerlich gewendete PDS. Die PRC hält rund 130.000 Mitglieder, davon ca. 25.000 aktiv mit 5.000, die Ämter bekleiden. Eine wichtige Basis für die Bildung radikalerer Tendenzen sind Jugendliche, die sich in größerem Rahmen der RC angeschlossen haben.

Nachdem RC-Chef Berlinotti ohne Vorbereitung der Parteibasis und des Umfelds die neoliberale Prodi-Regierung fallen ließ, spaltete sich

unter Cossuta der rechte Flügel ab und stimmte für das größte Kürzungsprogramm der italienischen Nachriegsgeschichte der nunmehr PDS geführten Regierung. Mit Cossuta gingen zwar 65 % der Abgeordneten, jedoch nur 10 % der Mitglieder.

Die „Rest“-PRC hat jetzt eine Chance, nach links zu gehen, keinen Kürzungen - wie in der Vergangenheit - mehr zuzustimmen, und auf die Opposition auf der Straße zu bauen. Die neue, ebenfalls neoliberal ausgerichtete Regierung unter dem Ex-KPler D'Alema wird ihr genug Möglichkeiten bieten.

Formationen vom Typ der PRC können in Zukunft öfter entstehen. Sie werden aber einen noch instabileren Charakter als die RC haben, die über gewachsene Strukturen und Traditionen verfügt. Die jetzige Periode ist von Instabilität geprägt, wo einer Partei ohne klarem Programm, Alternative und Lösungen sehr schnell Auflösung und Zersplitterung droht. Die Krise des Kapitalismus zwingt heute immer schneller zu immer „radikaleren“ Forderungen; der Kampf um Reformen führt heute viel schneller an die Systemgrenzen. Das verlangt einer Partei mehr ab, als das bloße Bekenntnis, „links“ oder „sozialistisch“ zu sein.

Bilanz der „Linken Einheit“

Bisher sind viele Projekte linker Allianzen und links-reformistischer Formationen/Parteien gescheitert oder zumindest gute Chancen verspielt worden, so in Spanien mit der Vereinigten Linken oder der britischen SLP von Arthur Scargill. Im letzten Fall verhinderten die stalinistischen Methoden Scargills den Aufbau einer breiten ArbeiterInnenpartei. Unter anderem sprach Scargill das generelle Verbot aus, bei einer anderen Organisation Mitglied zu sein.

Eine Grundbedingung für die Formierung einer neuen, breiten ArbeiterInnenpartei beinhaltet für uns aber auch das Recht für verschiedene Organisationen, Tendenzen und Gruppierungen auf ihre eigene Identität. Auch in Österreich gab und

gibt es auf kommunaler Ebene ein Beispiel in die falsche Richtung: Die Bewegung Rotes Wien (BRW) wurde mit dem Geld und Apparat der KPÖ ins Leben gerufen und politisch wie organisatorisch als Bündnis nach der Vorstellung der KPÖ-Führung „am Reißbrett“ konstruiert. Herausgekommen ist ein „Bündnis“, welches praktisch nur von der KPÖ getragen wurde und wird, ohne Dynamik und Möglichkeiten für andere linke Organisationen, sich demokratisch in einen Sammlungsprozeß einzuklinken.

Kämpferische Opposition oder „Links-Regierungen“?

Charakteristisches Merkmal für die ex-stalinistischen Parteien wie die PDS (D), PCF (F) etc. ist, daß sie sehr schnell vor der Grundsatzentscheidung stehen: für oder gegen Sozialabbau, oder deutlicher: kämpft man gegen den Neoliberalismus/ Kapitalismus als Ganzes und mobilisiert auf die Straße und im Betrieb, oder spielt man das linke Feigenblatt in einer „Links-Regierung“ wie in Frankreich.

Am Fall der PDS in Deutschland sieht man die Entwicklung der „Grundsatzentscheidung“ sehr gut: Trotz Wahlerfolgen ist diese Partei nicht in der Lage, eine aktive Rolle in den vorhandenen Bewegungen zu spielen. Die Führung versucht immer stärker, als „seriös“ und regierungsfähig aufzutreten. Eine Verwässerung der Standpunkte ist die Folge. Auf lokaler Ebene, dort wo sie (mit)regiert, trägt die PDS teilweise sogar Sozialabbau und Privatisierungen mit. In Mecklenburg-Vorpommern herrscht nun eine SPD-PDS Koalition. Sie will 2.400 Stellen in der Landesverwaltung streichen... Der Rechtsschwenk der PDS weg von der vom Verfassungsschutz überwachten Anti-System-Partei hin zur sozialdemokratischen Gewöhnlichkeit geht also sehr schnell vor sich.

Die portugiesische KP hat mit dem Problem zu kämpfen, daß große Teile ihrer Mitgliedschaft und manche lokalen Parteiorganisationen rebellieren. Der Grund: Die KP führt auf lokaler Ebene Kürzungen durch.

In Japan erhielt die KP trotz ihres noch rechts Driften bei den letzten Wahlen 14 % (letzte Umfragen 18 %). Da sie oft die einzige Möglichkeit darstellen, linken Protest auszudrücken, werden diese Parteien gewählt. In diesem Verhalten spiegelt sich ein fortgeschrittenes Bewußtsein und der Haß auf die bürgerliche Politik der Sozialdemokratie wider.

Aber auch wenn Sozialdemokratien verbürgerlicht sind (und trotz ihrer Politik) können sie doch teilweise über längere Zeiträume ein relativ hohes Level an Wahlunterstützung halten. Vor allem wenn keine andere „Alternative“ existiert. Die spanische PSOE (u.a. sind führende Mitglieder angeklagt, Morde gegen ETA-KämpferInnen organisiert zu haben) konnte eine wichtige Wahlbasis halten, da erstens der Haß auf die mit dem Franco-Regime verbundene PP (Partido Popular, bürgerliche Partei) sehr präsent ist und zweitens die KP geführte Izquierda Unida (Vereinigte Linke) von einer Krise zur nächsten schlitterte und ihre Chancen verspielte.

Die Entwicklung kann aber auch in die andere Richtung stattfinden: In Frankreich hat der Regierungseintritt der KP eine ganze Schicht von Jugendlichen und AktivistInnen in verschiedenen Bewegungen „nach links“ abgestoßen: Es ist inzwischen sogar möglich, daß die KP in den nächsten Wahlen von einem Bündnis der zwei größten Parteien mit trotzkistischen Traditionen, Lutte Ouvrière und LCR (Revolutionär Kommunistische Liga), starke Konkurrenz bekommen wird.

Dort, wo es links von der Sozialdemokratie eine (Wahl)Alternative gibt, wie in Schweden mit der Linkspartei (ex-KP) (12 %; letzte Umfrage: 18 %), kann dies enorme Auswirkungen haben. So erhielt die SAP (die schwedische Sozialdemokratie) das schlechteste Ergebnis seit 1922! 28,3 % der Arbeitslosen, ebenso viele ArbeitnehmerInnen und ErstwählerInnen stimmten für die Linkspartei (trotz Beteiligung an lokalem Sozialabbau) und damit gegen den pro-Markt-Kurs der SAP. Unsere Schwesterorganisation, die Rättvisepartiet Socialisterna

(Sozialistische Gerechtigkeitspartei) hält nun bei 2 Stadtparlamentssitzen in Umea (Mittelschweden) und konnte im Laufe der letzten Wahlkämpfe Hunderte für diese revolutionär sozialistische Partei gewinnen.

Verbürgerlichungsprozeß der Sozialdemokratie geht weiter

Die sozialdemokratische Internationale „SI“ wird bald auch als „Luftschloß“ aufhören zu existieren. Die Gründung des „Mitte-Links“-Forums mit starken Verbindungen zu den US-Demokraten ist ein weiterer Beweis der neuen Qualität in der Entwicklung der SPen. Jospin, der an diesem Treffen nicht teilnahm, hält sich aus taktilen Gründen noch im „linkeren“ Eck. Tatsächlich hat Jospin bereits bisher mehr Privatisierungen durchgeführt, als die rechte Juppe-Regierung vorher.

Das jüngst beschlossene neue Programm der SPÖ ist ein klarer Bruch in der Parteigeschichte und für quasi jede bürgerliche Partei adaptierbar. Aussagekräftig ist auch ein Blick auf die sogenannte innerparteiliche „Opposition“ und deren „radikalste“ Forderung, den Wunsch nach einem „Schuß Keynesianismus“ (Bruno Aigner, Sekretär von NR-Präsident Fischer). Der Abgang der klassischen österreichischen Sozialdemokratie und die Wut über die jetzige neoliberalen Politik, spiegelt sich aber hauptsächlich in der Entwicklung der FPÖ und einer extrem hohen Rate an Nicht- bzw. Weiß-WählerInnen wider.

Auch das Aufbrechen der Bände zwischen Partei und Gewerkschaft ist ein entscheidendes Kriterium für den Verbürgerlichungsprozeß der Sozialdemokratie. In Schweden ist der Prozeß der Loslösung zwischen SAP und LO (schwedischer Gewerkschaftsbund) weit fortgeschritten. Und in Britannien hat Blairs New Labour den Gewerkschaften geradezu den Kampf angesagt - mit Methoden aus der Thatcher-Ära!

Es ist nicht auszuschließen, daß in manchen SPen kleinere linke Flügel abrücken und diese in kommenden

Formationen eine Rolle spielen. Prägend sind aber andere Entwicklungen: Immer häufiger attackieren Teile der ArbeitnehmerInnen die Sozialdemokratie: So in Belgien (1. Mai), in Streikaktionen gegen die spanische PSOE in Asturien und erst recht die französischen FernfahrerInnen in den letzten Jahren.

In Griechenland spaltete sich die Demokratisch Soziale Bewegung (DIKKI) '94 von der sozialdemokratischen PASOK nach links ab. Sie enthielt aber starke nationalistische Elemente. Die Führung von DIKKI trat nicht für die Formierung einer ArbeitnehmerInnenpartei mit sozialistischem Programm ein. Inzwischen dient sie eher dem Machtbehalt der PASOK. Zum Beispiel lehnte sie eine vereinte Kandidatur mit der KP, der Linken Allianz und außerparlamentarischen Kräften gegen „PASOK und die Rechten“ ab. Ohne sozialistische Perspektive entwickeln sich neue Formationen offensichtlich rasch nach „rechts“.

Die Forderung nach einer neuen ArbeitnehmerInnenpartei

Die Formierung linker Einheit hin zur Bildung einer ArbeitnehmerInnenpartei, ist ein sehr schwieriger Prozeß. Eine solche Partei wird nicht bloß über Allianzen und Fusionen kleinerer oder größerer Gruppen entstehen, sondern hauptsächlich in konkreten Kämpfen unter Einbeziehung der kämpferischsten und jüngeren Schichten. Als Beispiele: Die Streikwelle in Südkorea und der Kampf der Stahlarbeiter von Forges de Clabeau im wallonischen Teil Belgiens sowie die „Weiße Bewegung“ 1996. Im unabhängigen südkoreanischen Gewerkschaftsbund KCTU tauchte die Frage nach einer ArbeitnehmerInnenpartei im Laufe der Kämpfe auf.

Charakteristisch für die heutige Zeit ist aber auch eine Verlagerung von Kämpfen in den Bereich abseits der klassischen Gewerkschaften und erst recht der traditionellen Parteien. Beispiele dafür sind die Euromarsch-Kampagne verbunden mit den Arbeitsloseninitiativen oder die Sans-

Papiers-Bewegung der ImmigrantInnen (beide in Frankreich).

Die „Weiße Bewegung“ (Marc Dutroux) in Belgien ging überhaupt an jeder der etablierten Parteien „vorbei“. Die Massen haben sowohl auf den Staat als auch seinen Repressionsapparat, seine Justiz und das ganze politische System einen enormen Haß. Das System reagierte und versuchte, der Mischung aus Trauer und Wut, einen unpolitischen Anstrich zu geben, aber sehr schnell können solche Bewegungen in der Zukunft „rot“ werden. Auch die SchülerInnenproteste in Österreich haben speziell gezeigt, daß die klassischen SchülerInnenorganisationen ihre führende Rolle eingebüßt haben und sie sehr oft als Teil des Establishments (und damit als Gegner) betrachtet werden. Und, daß die Jugend weit politischer ist, als im allgemeinen behauptet wird: Unter dem Motto „Schüler und Lehrer gegen Geherer“ widerstanden sie den Spaltungsversuchen.

Pionierarbeit

Der südliche Teil Irlands zeigt, welche Unterstützung konkrete revolutionäre Politik erhalten kann: Die irische Schwesterorganisation der SOV,

die SP (Socialist Party), verfügt mit Genossen Joe Higgins über den ersten TD (Parlamentsabgeordneten) in ihrer - noch jungen - Parteigeschichte. Im Gegensatz zu „linken“ Sozialdemokraten stimmen bei ihm Wort und Tat überein. Er behält von seinem Abgeordneten gehalt nur einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn, seine radikalen Aktionen im Parlament sind dauernd Gesprächsthema, die Kampagnen stützen sich auf die aktive Teilnahme der Bevölkerung. Die SP verfügt über eine Unterstützung auf Wahlebene, die sie zu einem Faktor in der irischen Gesellschaft macht. Der Weg zu einer breiten ArbeiterInnenpartei führt in Irland über diese Arbeit!

Die Bildung der Labor Party in den USA, bestehend aus (Teil)Gewerkschaften, Einzelpersonen und kleinen Gruppen ist vor dem Hintergrund des 2-Parteien-Systems ein Meilenstein in der Geschichte der US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung. Sie zählt 15.000 Mitglieder und 1.000.000 sind über die zehn Gewerkschaften angeschlossen. Die derzeit elementaren Fragen, von der ihr Überleben abhängen wird, sind, ob sie eigenständig zu Wahlen antritt und ob sie jegliche Verbindung mit Clintons Demokraten löst.

Entscheidend wird sein, ob vor allem innerhalb der Gewerkschaften ein Richtungsschwenk erfolgt.

In Österreich versuchte die SOV mit und nach dem gemeinsamen Wahlkampf mit der KPÖ in den EU-Wahlen 1996 einen ersten Schritt für eine breite linke Zusammenarbeit hin zum Wiederaufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei und -bewegung in Österreich zu setzen. Leider fand sich wenig bis gar kein Interesse bei anderen Gruppierungen und Organisationen, konkrete Aktionen in diese Richtung zu unternehmen.

Mit wenigen Ausnahmen sind die heutigen Klassenkämpfe defensiver Natur. Und es wird nicht lange dauern, bis ArbeitnehmerInnen und vor allem Jugendliche gegen weitere Angriffe und damit die „sozialdemokratischen“ Regierungen zu rebellieren beginnen werden. Klassenkämpfe, die das Bewußtsein relevanter Schichten der ArbeitnehmerInnen und der Jugend nach vorn entwickeln, werden über kurz oder lang auch Österreich voll treffen. Aus solchen Bewegungen heraus wird eine wirkliche neue ArbeiterInnenpartei entstehen.

Franz Breier jun.

Linke Bündniswahlkandidatur für das Superwahljahr 1999 gescheitert?

Bereits seit Mitte 1998 hat die SOV sich um die Vorbereitung einer Kandidatur links von SPÖ und Grünen bemüht. Wir gehen davon aus, daß sich die Linke im Allgemeinen und SozialistInnen im Besonderen, gerade in der jetzigen Situation - die vor allem durch ein enormes politisches Vakuum geprägt ist - auch Wahlen stellen müssen. SozialistInnen gehen dabei von einer Position der Schwäche aus. So begrüßenswert z.B. der Grazer KPÖ-Erfolg war; es wäre ein Trugschluß zu glauben, dieser könnte einfach - ohne die jahrelange Arbeit, die dort geleistet wurde - auf die Bundesebene übertragen werden könnte. Wir verstehen Wahlkampf in der jetzigen Situation als eine politische Kampagne für sozialistische Ideen, bei der es in erster Linie darum geht, „von links zu polarisieren“. Dort, wo man dazu in der Lage (weil vorhanden) ist, soll versucht werden, an lokale Bewegungen und Kämpfe (so klein und begrenzt sie auch sein mögen) anzuschließen und - wo möglich - solche zu initiieren. Realistisch ist keine Kraft auf der Linken in der Lage, diese Aufgabenstellung bundesweit, bei allen Wahlen, alleine abzudecken - weshalb Zusammenarbeit und Konzentration auf gewisse Bereiche dringlicher denn je sind. Wir haben dieses - völlig offene - Angebot zur gemeinsamen Kandidatur an alle linken Einzelpersonen, Organisationen und Parteien gerichtet, bzw. richten es an diese. Vor allem sprachen (und sprechen) wir die KPÖ direkt an: Ihr kommt in diesem Zusammenhang - aufgrund ihrer relativen Größe - eine besondere Verantwortung zu. Wir haben versucht, die KPÖ an diese Verantwortung zu erinnern und ein gemeinsames Wahlbündnis auf gleichberechtigter Grundlage zu initiieren. Dieses Bündnis ist durch einen Beschuß des KPÖ-Bundesvorstandes vom November 1998 unwahrscheinlich geworden: Die KPÖ strebt lediglich an, ihre KandidatInnenliste auch für andere „linke Persönlichkeiten“ zu öffnen. Wir glauben, daß eine solche Kandidatur keinen Fortschritt darstellen würde, weil dieses Antreten kaum in der Lage wäre, auch nur die geringste Dynamik auszulösen. Ein Beleg dafür ist auch die innerparteiliche Oppositionshaltung, die es von verschiedenen Seiten und in der KPÖ zu der jetzt geplanten Form des Antretens gibt.

7. Weltkongreß des Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (KAI)/Committee for a Workers International (CWI)

Eine aktive Angelegenheit...



Neben den Diskussionen über die „objektive Situation“ - über die Entwicklung der Weltwirtschaft und den Stand des Klassenkampfes - bildete der Erfahrungsaustausch über die Arbeit der verschiedenen Sektionen und Gruppen des CWI einen zentralen Punkt der Diskussion. Es ist nicht möglich, einen vollständigen Bericht zu geben, aber wir versuchen hier einige Beispiele für unsere Arbeit zu geben.

Die politische Arbeit der Sektionen und Gruppen des CWI ist vielfältig und an die unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten angepaßt. Überall sind die GenossInnen des CWI in Klassenkämpfen und Jugendbewegungen aktiv, teilweise führen sie diese Bewegungen an. In vielen, wenn auch nicht in allen Ländern treten die zum CWI gehörenden Parteien bei Wahlen an. Wo sie das tun unterscheiden sie sich von allen anderen Parteien. Eine Reihe von Schwesterorganisationen muß unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten, in Diktaturen und Bürgerkrieg, mit äußerst beschränkten finanziellen Mitteln und in Bereichen, in denen für Frauen politische Arbeit mit massiven Problemen verbunden ist.

GUS und Ukraine

In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion konnten die GenossInnen der „Linken Avantgarde“ unter äußerst schwierigen Bedingungen in den letzten Jahren enorme Erfolge erzielen. Neben den „üblichen“ Problemen kommt hier noch der Faktor geheim-

dienstliche Überwachung und Verfolgung durch den Staat hinzu. Genossen des CWI wurden für ihre politische Arbeit bereits hinter Gitter gebracht, Genosse Sergei Kolokov starb an den Folgen der Mißhandlungen in kasachstanischen Gefängnissen. Unser Schwerpunkt war Jugendarbeit und hier v.a. antirassistische Arbeit, was angesichts erstarke der faschistischer Organisationen und einer antisemitischen „kommunistischen“ Partei dringend notwendig ist. In den letzten Monaten stellten die Berarbeiterproteste vor dem Weißen Haus einen Kernpunkt unserer Arbeit dar.

Die erst im April dieses Jahres als Sektion anerkannte Gruppe, hat bereits Orts/Regionalgruppen in Moskau (Russland), Voronezh (Russland), Sankt Petersburg (Russland), Kiew (Ukraine), Moldawien, und kleine Gruppen von GenossInnen und SympathisantInnen in zahlreichen weiteren Städten Russlands, der Ukraine und Kasachstans, wie zum Beispiel in Vorkuta, Jakutien, wo wir an den Protesten der Minearbeiter beteiligt sind. Unserer Organisation sind vor kurzem Bergarbeiter aus dieser Stadt beigetreten; jenem Ort, an dem ztausende (=TrotzkistInnen) von den Stalinisten in den (Zwangsarbeits-)Tod geschickt wurden.

Die extremen Distanzen erschweren die Arbeit - um an einem Ortsgruppentreffen teilnehmen zu können, müssen Reisen von mehreren Stunden oder sogar Tagen zurückge-

legt werden. Die nächste Ortsgruppe ist von jener in Moskau 8 Stunden entfernt, die weiteste fast zwei Tagesreise! Trotzdem wird unsere Zeitung in über dreißig Städten verkauft.

Wir sind die einzige internationale sozialistische Organisation, der es gelungen ist in diesem Gebiet dauerhaft, effektive Arbeit zu machen.

Indischer Subkontinent

Um mehr als das Vierfache gestiegen sind die Mitgliedszahlen von Dudiyya Horata (Arbeiterkampf) der Sektion in Indien, wo wir hauptsächlich gewerkschaftliche Arbeit machen. Wir waren an eine Reihe von Streiks beteiligt (Vorwärts berichtete), wie jenem der Busfahrer in Bangalore. Dieser richtet sich, wie eine Reihe von anderen sozialen Kämpfen, gegen Privatisierungsmaßnahmen. Darüberhinaus haben sich die GenossInnen an Kampagnen gegen die Atomtests, die 1998 von Indien und Pakistan durchgeführt wurden, und am Anti-Imperialistischen Forum führend beteiligt.

Die indische Sektion arbeitet eng mit den GenossInnen in Sri Lanka und Pakistan, die beide unter dem Namen United Socialist Party (USP) agieren, zusammen. In allen drei Ländern ist die nationale Frage von zentraler Bedeutung, in Sri Lanka sind wir die einzige Gruppe, die sowohl tamilische als auch singalesische ArbeiterInnen organisiert. Wir arbeiten eng mit der National Awami Party im pakistanisch

besetzten Teil Kaschmirs zusammen, von der zwei Vertreter auf dem Weltkongress anwesend waren. Die GenossInnen in Sri Lanka unterstützen die (illegalen) Gewerkschaften in den Sonderwirtschaftszonen und die ArbeiterInnen auf den Teefeldern. Außerdem ist in Indien Frauenarbeit von zentraler Bedeutung.

Infrastrukturelle und logistische, sowie materielle und existentielle Probleme erschweren die Arbeit der GenossInnen enorm. Plakate müssen mit der Hand gemalt werden, ein eigenes Büro, Computer und Telefonanschluß sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen unter härtesten Bedingungen erarbeitet werden.

Japan

Kokusai Rentai, ist die derzeit noch kleine Gruppe des CWI in Japan mit Schwerpunkt Osaka, die v.a. Gewerkschaftsarbeit macht. Momentan beteiligen sich die GenossInnen am Kampf um die Erhaltung eines Betriebes am Hafen, der vor zwanzig Jahren kurz davor war, in Konkurs zu gehen und seitdem über die Gewerkschaft von den Beschäftigten selbst verwaltet wird. Wir haben uns an einer Kampagne gegen ein steuergeldverschlingendes Prestigeprojekt in der Erdbebenstadt Kobe beteiligt, wo 300.000 Unterschriften gesammelt wurden. Weiters arbeiten wir unter den SprachschullehrerInnen, die von der Aufweichung der ArbeiterInnenrechte in Folge der tiefen Rezession besonders stark betroffen sind. Die Hauptforderung ist hier „Gegen Deregulierung und Aufweichung des Arbeitsrechts“.

Lateinamerika

Ein kleiner Sprung über den stillen Ozean führt uns nach Brasilien, wo die GenossInnen von Socialismo

Revolucionario als Strömung innerhalb der Partei der ArbeiterInnen (PT) aktiv sind. Ein Hauptteil unserer Arbeit liegt hier bei GymnasiastInnen und LehrerInnen. Vor allem die technischen Schulen waren von Kürzungsmaßnahmen von Cardoso und der Stadtverwaltung von São Paulo betroffen. In der Bewegung, die sich dagegen entwickelte spielten unsere GenossInnen eine zentrale Rolle und haben sich auch bei der SchülerInnengewerkschaft (UPES) eingebracht. Als Vorbereitung auf eine intensivere künftige Gewerkschaftsarbeit, intervenierten wir in Bewegungen in der Post, Metall- und Maschinenbauindustrie.

In Chile tritt unsere Genossin Vilma Alvarez, Sekretärin und Vorsitzende einer lokalen TextilarbeiterInnengewerkschaft, im Dezember als einzige unabhängige Kandidatin zu den Wahlen des momentan von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Stalinisten untereinander „paritatisch“ aufgeteilten Gewerkschaftsdachverbandes (CUT) an. Auch in der Koordination der im Süden des Landes stattfindenden Landbesetzungen der Mapuch-Eingeborenen spielen wir eine Rolle, ebenso in den Streikbewegungen Anfang bis Mitte des Jahres, sowie bei den Protesten gegen Pinochet.

USA

In den Vereinigten Staaten liegen die Hauptschwerpunkte der GenossInnen von Justice einerseits in San Francisco, wo wir in der ImmigrantInnenbewegung eine wichtige Rolle spielen und vorwiegend in der lateinamerikanischen Gemeinde arbeiten. Hier lebt der überwiegende Teil nichtregistrierter - und somit nicht wahlberechtigter - ArbeiterInnen. Wir haben hier bei den letzten Wahlen sehr erfolgreich selbst kandidiert und waren die einzigen, die das Thema

„Wahlrecht“ überhaupt angesprochen haben - wir gingen damit in die lokalen ArbeiterInnenvierteln und die Fabriken. Darüberhinaus arbeiten wir in den Gewerkschaften - z.B. den Teamsters - und in der neugegründeten Labor Party.

Afrika

Mit dem (vermeintlichen) Übergang der Diktatur in die Demokratie und den sich damit öffnenden Möglichkeiten wagten die nigerianischen GenossInnen den Schritt aus der Illegalität und riefen am 21. Juli auf einer öffentlichen Gründungsveranstaltung mit Medienpräsenz die Demokratische Sozialistische Bewegung (DSM) ins Leben. Darüber hinaus sind die GenossInnen aktiv in der Demokratiebewegung und haben neun VertreterInnen im Exekutivkomitee der Nationalen Bewusstseinspartei (NCP), einer radikal-bürgerlichen Partei, in der sie seit 1994 tätig sind, inklusive dem Vorsitzenden des Stadtkreises der Hauptstadt Lagos.

Ayodele Akele, Vorsitzender der Kampagne für eine unabhängige Gewerkschaft (CIU) und des Zusammenschlusses von 13 Industriegewerkschaften im öffentlichen Dienst von Lagos (42.000 Beschäftigte) wurde auf Grund seiner führenden Rolle im Kampf um die Einführung eines Mindestlohn aus dem öffentlichen Dienst entlassen, was zu einem immensen Medienecho geführt hat: in den Editorials von fünf bürgerlichen Tageszeitungen wurde seine Wiedereinstellung gefordert und im beliebtesten Fernsehkanal von Lagos gab Akele ein einstündiges frühmorgendliches Interview, in dem er unsere Ansichten zu seiner Kündigung, dem Mindestlohn und des Rechtes der ArbeiterInnen, politischen Parteien anzuhören, mitteilte.

Pablo Hörtnagl

60 Jahre Gründungskongreß IV. Internationale

Vom richtigen Zeitpunkt ...



Vor 60 Jahren, am 6. September 1938, tagte der 1. Kongreß der IV. Internationale in einem Pariser Privathaus. Delegierte aus nur 12 Mitgliedssektionen nahmen teil; unter ihnen auch stalinistische Agenten. Im letzten Teil des dort beschlossenen „Übergangsprogramms“ definierte sich die IV. Internationale selbst folgendermaßen: „Ihre Aufgabe ist der Sturz der Herrschaft des Kapitals, ihr Ziel der Sozialismus. Ihre Methode die proletarische Revolution.“ Ein zumindest mutiges Programm.

1938 hatte der Faschismus in wichtigen Teilen Europas bereits triumphiert, bzw. drängte, wie in Spanien, die ArbeiterInnenbewegung völlig in die Defensive. In der Sowjetunion war die stalinistische Bürokratie schon fast ein Jahrzehnt an der Macht und ermordete in den Moskauer Schauspuren eine ganze Schicht von Revolutionären. Sozialdemokratie und Kommunistische Internationale (KI) hatten sich vom Ziel des Sozialismus durch die Methode der „proletarischen Revolution“ verabschiedet. Der 2. Weltkrieg wurde von der Konferenz 1938 als „nahende Katastrophe“ erwartet. Die Frage „Warum die IV. Internationale und warum gerade zu diesem - scheinbar ungünstigsten - Zeitpunkt“ soll ebenso wie die Traditionen, Methoden und Ziele dieser Organisation kurz umrissen werden.

Wurzeln

Als ihre Fundamente betrachtete die IV. Internationale - neben dem

Erbe von Marx und Engels - vor allem die Erfahrungen und die Verteidigung der Oktoberrevolution von 1917. Die Oktoberrevolution wurde als Bestätigung von Trotzkis Theorie der permanenten Revolution, aber auch Lenins Ansatz zum Aufbau und zur Notwendigkeit einer revolutionären Partei, gewertet. Der Rote Oktober stellte die „Initialzündung zur Weltrevolution“ dar. Stalins These vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ ist hingegen der Bruch mit den Zielen der Revolution. Eine auf den nationalen Rahmen orientierte Politik erschien der IV. Internationale nicht nur als borniert und falsch, sondern als sinnlos: „Im Zeitalter des Imperialismus, d.h. der vom Finanzkapital beherrschten Weltwirtschaft und Weltpolitik, kann keine nationale Sektion ihr Programm lediglich oder vorwiegend aus den Bedingungen und Tendenzen nationaler Entwicklungen heraus aufbauen...“ Der Imperialismus bedeutet eine arbeitsteilige, vernetzte Weltwirtschaft und gleichzeitig die Existenz waffenstarrender Nationalstaaten - ein System von inneren Abhängigkeiten und sich zuspitzenden Widersprüchen. Nur die sozialistische Weltrevolution bedeutet letztlich die (Auf)Lösung dieser Widersprüche.

Theoretische Fundamente

Die wohl wichtigsten eigenständigen theoretischen Vorleistungen für die IV. Internationale bestanden in der Erfassung der beiden „neuen

Phänomene“ der 20er und 30er Jahre: Stalinismus und faschistische Massenbewegung. Die Kernthese über die Entwicklung in der Sowjetunion unterstrich, daß die stalinistische Bürokratie(sierung) keine Spielart des Sozialismus darstellt(e). Die Sowjetunion sei zwar als ArbeiterInnenstaat aus der Oktoberrevolution hervorgegangen, „Doch hat der Apparat des Arbeiterstaates unterdessen eine völlige Umgestaltung erfahren; aus einem Werkzeug der Arbeiterklasse ist er zum Werkzeug bürokratischer Gewalt und, je länger, desto mehr, zum Werkzeug zur Wirtschaftssabotage geworden... Entweder stößt die Bürokratie, die immer mehr zum Werkzeug der Weltbourgeoisie im Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen um und wirft das Land in den Kapitalismus zurück - oder die Arbeiterklasse zerstößt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus“. Diese Zeilen wurden zu einem Zeitpunkt geschrieben, als die Sowjetunion unerschütterlich schien, sowie Kommunistische Parteien und Millionen Kommunisten „ihrer“ Moskauer Führung blind vertrauten.

Faschismusanalyse

Die Analyse und der Kampf gegen die faschistische Gefahr waren der zentrale theoretische Prüfstein für die ArbeiterInnenbewegung der 20er und 30er Jahre. Ein breiter Grundkonsens aller Strömungen bestand darin, daß der Faschismus ein Mittel der Bourgeoisie ist, um in bestimmten

Situationen gegen Gewerkschaften, ArbeiterInnenparteien loszuschlagen. Die Sozialdemokratie setzte dem Faschismus den Kampf gegen die „Feinde der Demokratie“ entgegen. Sie zögerte nicht, sich zum eigentlichen Träger der (bürgerlichen) Republik zu erklären. Die Komintern zog zunächst gewissermaßen den Umkehrschluß: Sie definierte die Republik bereits als Faschismus (und verharmloste die Gefahr dadurch völlig). Die Sozialdemokratie wurde für sie „folgerichtig“ zu einem Flügel der faschistischen Bewegung. In den 30er Jahren schwenkten die KPen im Rahmen der Volksfrontorientierung de facto auf die Linie der sozialdemokratischen Parteien um: Der Kampf gegen den Faschismus sollte plötzlich im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, gemeinsam mit „antifaschistischen“ Kapitalisten und deren Parteien geführt werden.

Differenzierte Analyse

Trotzkis Strömung sah im Faschismus jene Regierungsform, die „an die Reihe“ kommt, sobald normale militärisch-polizeiliche Mittel zum Machterhalt nicht mehr ausreichen. Er ist insofern ein Produkt des ökonomischen Niedergangs der 20er und 30er Jahre, als dieser eine gesellschaftliche und politische Polarisierung bedeutete. „Inmitten“ dieser Polarisierung stand das ruinierte Kleinbürgertum und das Heer von sozial entwurzelten Arbeitslosen. Diese sind die Basis, auf die sich die faschistische Massenbewegung mit ihrem Rassenwahn stützt: „Wie der heruntergekommene Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Blutes, so besüft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse“. Als Voraussetzung für den Sieg des Faschismus wurden die Niederlage und das Versagen der ArbeiterInnenbewegung, als Konsequenz, die (langfristige) Atomisierung ihrer Organisationen und damit ihrer Rolle als gesellschaftlicher Faktor, begriffen. Die weiteren Folgen sind ebenso weitreichend wie

differenziert ausgeführt: Während es den Nazis zu der Zeit, als sie als „bloße“ Partei arbeiteten, nicht gelang, in die ArbeiterInnenklasse einzudringen, trieben ab dem Zeitpunkt, als die Faschisten die polizeilich zentralisierte Staatsmacht darstellten, Millionen ArbeiterInnen zu ihnen, oder zumindest in die „politische Indifferenz“. Der Faschismus ist kein Krisenregime, das einfach abtreten kann, oder zu reformieren ist. Er spitzt unter der Maske der Volksgemeinschaft die Widersprüche der Gesellschaft weiter zu. Die Alternativen laute[n]: „Krieg oder Revolution“.

Organisatorische Entwicklungsdimensionen

In der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung fanden in der ersten Jahrhunderthälfte mehrere Brüche und Umgruppierungsprozesse statt. Die Wurzeln der IV. Internationale reichen bis zum ersten Wendepunkt in dieser Entwicklung zurück: Dem Jahre 1914, als beim Ausbruch des 1. Weltkrieges der Großteil der internationalen (sozialdemokratischen) ArbeiterInnenbewegung zusammenbrach. „Paradoxerweise“ begann gleichzeitig mit der organisatorischen Handlungsfähigkeit der ArbeiterInnenbewegung politisch eine neue Periode von enormen Umbrüchen - eine Periode von Revolution und Konterrevolution. Die Aufgaben, die sich für die (1914) winzige Zahl von internationalen SozialistInnen binnen der nächsten drei Jahre (1914-1917) stellten, waren enorm:

- Die Grundlegende Analyse der neuen Epoche
- Die Analyse der und die Stellung zur Sozialdemokratie
- Die Sammlung und der Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung - (zunächst auf der Grundlage der Ablehnung der Kriegspolitik)
- Die Frage der Machteroberung und die klare Differenzierung gegenüber den reformistischen (also „nichtrevolutionären“) Kräften der Bewegung.

III. Internationale

Die Sammlung der noch vorhandenen „Links“-Kräfte erfolgte vorläufig im Rahmen von zwei internationalen Konferenzen. Quantitativ waren diese Versuche äußerst schwach besetzt, ideologisch dafür umso breiter. Später spiegelte sich dieser Prozeß u.a. in der Herausbildung linker Sammlungsparteien, an denen sich auch MarxistInnen beteiligten (z.B. der USPD in Deutschland), bzw. einer breiten Zusammenarbeit aller Linkskräfte, die den Krieg ablehnten, wider. Die russische Revolution von 1917 veränderte die Situation grundsätzlich. Die „Machteroberung“ wurde plötzlich für alle SozialistInnen konkret. Eine zweite Phase von Umgruppierungen um die Frage „pro oder contra russische Revolution“ setzte ein. Im Brennpunkt dieser Entwicklung stand vor allem die (ehemalige) Basis der (west)europäischen Sozialdemokratie. Die kommunistischen Kräfte waren (außerhalb Rußlands) zu klein und zu unerfahren, um die Führung in diesem Prozeß zu übernehmen. Das drückte sich letztlich auch im Gründungsdatum der neuen Kommunistischen Internationale 1919 - also erst nach der ersten großen revolutionären Welle - aus. 1923 scheiterte die deutsche Revolution zum 2. Mal und endgültig. Das markierte das vorläufige Ende der europäischen Revolution und den Ansatzpunkt für die „Aufbau des Sozialismus in einem Lände“-Theorie Stalins. Mit dem folgenden Siegeszug der Bürokratie in der Sowjetunion wurden auch die Kommunistische Internationale und ihre Mitgliedssektionen bürokratisiert und gleichgeschaltet.

Linke Opposition

Genu hier setzte die Arbeit der Linken Opposition innerhalb der sowjetischen Kommunistischen Partei ein. Sie bestand aus Parteimitgliedern, die jahrelang im Untergund und Exil gegen den Zarismus gekämpft und in Rußland sowie auf internationaler Ebene 1914 eine klar internationalistische Position bezogen hatten. Sie

spielten sowohl 1917 in der Oktoberrevolution, als auch später in den Organen der Sowjetmacht eine führende Rolle. Diese Mitglieder fanden sich ideologisch und praktisch plötzlich völlig an den Rand gedrängt und in einem Verteidigungskampf um das Erbe bzw. die Kontinuität der internationalen sozialistischen Bewegung. Von Beginn an begriff sich die Linke Opposition als internationale Fraktion, die in der Periode von 1923-1933 vorläufig auf eine Reformierung der Partei und der Internationale setzte. Der Stalinismus machte zunächst Fehler, die aus der Isolation Sowjetrußlands, sowie dem imperialistischen und reformistischen Druck resultierten. Diese Fehler wurden aber zur klaren „Tendenz“, die der internationalen ArbeiterInnenbewegung eine Niederlage nach der anderen zufügte:

- * Die Analyse der Sozialdemokratie als faschistische Agentur bedeutete die völlige Lähmung kommunistischer Parteien, die Verunmöglichung einer Einheitsfront in der ArbeiterInnenbewegung und die Machtergreifung des deutschen Faschismus ohne einen Schuß der Gegenwehr.
- * Im Inneren führte die Bürokratie einen Bürgerkrieg gegen die Linke Opposition und alle oppositionellen Gruppen. In der Komintern wurden diese Strömungen ausgeschlossen.

Objektiv - und scheinbar ist das paradox - stärkte jede dieser Niederlagen der internationalen ArbeiterInnenbewegung Stalin insoffern, als das die Isolation Sowjetrußlands, die Quelle der Entstehung der Bürokratie, darstellte. Kombiniert mit der (politischen und physischen) Vernichtung jeder Opposition wurde so die Reformierung der KPdSU und der Komintern unmöglich. Die Linke Opposition (oder wie sie sich jetzt nannte: „Bolschewiki-Leninisten“) begründete mit der Niederlage der deutschen und internationalen ArbeiterInnenbewegung 1933, die Notwendigkeit zur Gründung einer neuen Internationale. Eine oft gestellte Frage lautet: Wäre dieser Schritt früher nicht besser gewesen?

Der Formierungsprozeß der IV. Internationale

Entscheidend für die Gründung einer neuen Organisation ist nicht alleine die politische Analyse anderer Organisationen und das eigene Programm, sondern vor allem auch die Stellung zumindest der radikalsten Teile der ArbeiterInnenbewegung zu ihren traditionellen Organisationen. Es sind letztlich große „allgemeine“ Ereignisse und Brüche, die hierfür maßgeblich sind: Die Ereignisse von 1914 legten den Grundstein für die Entwicklung neuer Massenorganisationen: Die Kommunistischen Parteien. Der Sieg des Faschismus in Deutschland 1933 markierte für Trotzki einen ähnlichen Bruch wie der von 1914, die Einleitung eines Zerfalls aber auch Differenzierungsprozesses.

Millionen gingen (bestenfalls) ins politische „Nichts“, Zehntausende wurden aber von der Sozialdemokratie und vom kompromitierten Stalinismus auch nach links „abgestoßen“. Auf Grundlage dieser Schlußfolgerung schlugen die „Bolschewiki-Leninisten“ Verhandlungen und Gespräche auf breiter Grundlage über die Sammlung aller Kräfte, die mit dem Stalinismus und Reformismus gebrochen hatten, vor. Linksabspaltungen von sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien existierten u.a. in den Niederlanden (RSP, USP), Deutschland (KPO, SAP), Norwegen (NAP) und vor allem auch in Britannien mit der „Independent Labour Party“. Trotzki machte Vorschläge zur Organisierung einer gemeinsamen Konferenz und umriß zwei - in der Diskussion zu trennende - Aufgabenstellungen:

- * Den Aufbau einer Einheitsfront aller ArbeiterInnenorganisationen gegen den Faschismus.
- * Den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale.

Das konkrete Ergebnis der Einigungsbemühungen war eine „Erklärung der 4“ (die neben der Linken Opposition die SAP, USP und RSP unterzeichneten). Diese sprach sich für eine neue Internationale auf

der Grundlage von Marx und Lenin aus. Dieser Viererblock zerfiel jedoch schnell: Die (ehemalige) Linksopposition blieb die einzige Kraft, welche die Frage nach einer neuen Internationale weiter aufwarf. Die zweite Phase, bzw. der zweite Punkt, mit dem in den Umgruppierungsprozeß eingegriffen werden sollte, war die Phase der Arbeit (vor allem) in der (französischen) Sozialdemokratie. Das Zentrum der Kämpfe und Bewegungen hatte sich nach 1933 Richtung Westen verschoben.

In den Ländern, wo die ArbeiterInnenparteien noch legal agieren konnten (Frankreich und Spanien), wandten sich junge ArbeiterInnen abgestoßen vom Stalinismus - wieder an die sozialdemokratischen Parteien. Die verschiedenen Versuche, aktiv in diese Umgruppierungsprozesse zu „intervenieren“, waren wesentlich für die Ausformung der IV. Internationale. Vor 1933 bestand die Arbeit dieser Strömung aus (aufgrund der Ausschlüsse aus den KPP, oft abstrakter) Oppositionsarbeit in den kommunistischen Parteien. Die konkrete Arbeit um die Sammlung von linken revolutionären Kräften und die oft heftigen Diskussionen um die Orientierung und Taktik, veränderten die IV. Internationale zu einer Organisation, die in Kämpfen eingriff und diese auch initiierte.

Gründungskongreß und „Übergangsprogramm“ 1938

Trotzki betrachtete in diesem Sinne die IV. Internationale 1938 bereits als gegründet und die Politik der letzten Jahre als erste konkrete Aufbauschritte. „Sie ist entstanden aus den großen Ereignissen, Niederlagen und dem Verrat der alten Führung (daraus resultiert ihre Schwäche) - entscheidend ist aber die Kontinuität“. Die IV. Internationale verstand sich auch 1938 nicht als fertige Weltpartei, sondern als ein Rahmen zur Formierung einer solchen. Das Programm, das bei diesem Gründungskongreß verabschiedet wurde, war aus diesem Grund kein

„fertiges“ sozialistisches Programm. Es bestand aus Übergangsforderungen, zugeschnitten auf eine bestimmte Periode und wurde auch in gewissem Sinne als Diskussionsgrundlage definiert.

Als zentraler Bestandteil des Selbstverständnisses stand und steht allerdings die „Übergangsmethodik“ im Mittelpunkt: „Die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution sind nicht nur reif, sie beginnen bereits zu faulen. Ohne eine sozialistische Revolution, und zwar in allernächster Zeit, droht der gesamten Menschheitskultur eine Katastrophe ... Die strategische Aufgabe der nächsten Periode, einer vorrevolutionären Periode, besteht darin, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Avantgarde (Verwirrung und Enttäuschung bei der älteren Generation, mangelnde Erfahrung bei der jüngeren) zu überwinden. Man muß den Massen helfen, bei ihrem tagtäglichen Kampf die Brücke zwischen augenblicklichen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu schlagen. Diese Brücke sollte aus dem System von Übergangsforderungen bestehen“.

Der Gründungskongress der IV. Internationale wurde in Erwartung des Krieges und einer folgenden revolutionären Welle abgehalten. Diese Perspektiven waren nicht unrichtig: Revolutionäre Bewegungen fanden u.a. in Italien, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland, China statt.

Doch das entscheidende Ergebnis des 2. Weltkrieges war die Stärkung des Stalinismus und die Ausweitung seiner Einflußsphäre auf halb Europa, sowie die scheinbare Überwindung innerkapitalistischer Widersprüche durch den Nachkriegsaufschwung im Westen. Die junge Führung der IV. Internationale war zu einer Neuorientierung ihrer Politik aber nicht in der Lage und beschied ihren Organisationen in den folgenden Jahrzehnten größtenteils ein Schatten-

dasein. Das Komitee für eine Arbeiter-Inneninternationale (CWI) und die SOV stehen in der Tradition der Wurzeln und theoretischen Fundamente der IV. Internationale.

John Evers

Die IV. Internationale nach 1938

Als Leo Trotzki am 20. August 1940 von einem Agenten Stalins ermordet wird, ist die IV. Internationale gerade einmal zwei Jahre alt und schon voll in die Kämpfe und Wirren des Zweiten imperialistischen Weltkriegs verwickelt. So ist Trotzki auch nicht das erste Opfer Stalins in den Reihen der IV. Internationale. Eine große Anzahl von Revolutionären und Mitgliedern der „Linken Opposition“ werden in den 20er und 30er Jahren von Stalins Geheimpolizei ermordet. Unter ihnen auch Leo Sedow, Trotzkis Sohn, der im Februar 1938 unter mysteriösen Umständen verstirbt und so die Gründung der neuen „Weltpartei des Proletariats“ nicht mehr miterleben darf....

Die Internationale und der Weltkrieg

Noch nicht einmal ein Jahr ist vergangen seit der Gründung, als sich eine der Hauptanalysen der neuen Internationale, die des bevorstehenden Weltkrieges, bereits bestätigt hat. Aber mit dem Ausbruch des Krieges sehen sich nun die Kader der neuen Internationale auch einer verschärften Situation gegenübergestellt. In den meisten Staaten ist das gleich zu setzen mit einer Zunahme der staatlichen Repression auf die aufgrund der nur einjährigen Aufbauperiode vielfach nur schwachen nationalen und internationalen Strukturen.

Durch den Vormarsch des deutschen Faschismus, der bald weite Teile Europas kontrolliert, werden immer mehr Genossen der neuen Internationale in die Illegalität gedrängt, die Großteils von den

Stalinisten beherrscht wird. Es ergibt sich eine Situation der „doppelten“ Verfolgung: Einerseits durch die staatliche bzw. faschistische Repression und andererseits durch die noch immer andauernde und ausufernde TrotzkistInnenhetze der Stalinisten. Nicht selten werden TrotzkistInnen im Untergrund von Stalinisten denunziert und den Faschisten somit ans Messer geliefert.

In den USA formiert sich Anfang der 40er Jahre unter der regen Beteiligung der kommunistischen Partei eine breite „Volksfront“ gegen den deutschen Faschismus. Damit wird der Grundstein für die bis heute andauernde Legende der für die Freiheit und Demokratie kämpfenden USA, im und nach dem Zweiten Weltkrieg, gelegt.

Die SWP, die US-amerikanische Sektion der Internationale, stellt sich in ihrer Arbeit dieser Entwicklung und Regierungspropaganda entgegen und wird wegen ihrer politischen Haltung schließlich auch staatlich verfolgt. Am 27. Oktober 1941 beginnt ein Prozeß in Minneapolis, in dem 28 Mitglieder der SWP angeklagt werden, eine Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der Regierung angezettelt und zur Befehlsverweigerung in der Armee aufgerufen zu haben. In Folge werden 18 Genossen, unter ihnen auch James P. Cannon, zu bis zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

In Frankreich geben die Genossen trotz hoher Verluste durch Verhaftungen und Hinrichtungen, ab August 1940 73 Ausgaben ihrer Zeitung „La Vérité“ mit je rund 15.000 Stück Auflage heraus. In Deutschland erscheint die Zeitung „Arbeiter und Soldat“ unter der Regie von Paul Widolin (bis dieser 1944 hingerichtet wird), in Belgien erscheint sowohl eine französische Zeitung, („Lenins Stimme“) mit einer Auflage von 10.000 Stück, wie eine in flämischer Sprache, „Der Klassenkampf“, mit 7.000 Stück. Schließlich wird 1943 das „Europäische Sekretariat“ der IV. Internationale gegründet und im darauf folgenden Jahr im noch von den Deutschen besetzten Frankreich eine

sechstägige europäische Konferenz abgehalten. Am Ende wird ein Dokument über die kommenden Auseinandersetzungen nach dem Weltkrieg verabschiedet: „Das Proletariat muß jedes Bündnis mit seiner eigenen Bourgeoisie ablehnen, aber es darf dem Kampf der Massen gegen die Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus nicht gleichgültig gegenüberstehen. (...) Man muß im Gegenteil alles daran setzen, die Keimformen der Arbeitermacht (Milizen, Komitees usw.) zu entwickeln und gleichzeitig einen energischen Kampf gegen alle Formen des Nationalismus führen.“

Dabei darf natürlich die Arbeit der Genossen in Indien, Ceylon (heutiges Sri Lanka), Vietnam, Palästina, Uruguay und Ägypten nicht vergessen werden, die den Krieg mit einem Kampf gegen die direkte Kolonialherrschaft und für eine sozialistische Revolution verbanden. Von der britischen Regierung 1944 vor ein Kolonialgericht gezerrt, benutzen zwei führende Genossen aus Ceylon, Pereira und Gunawardene, die so erworbene Öffentlichkeit, um eine Erklärung gegen den Imperialismus abzugeben. Darin heißt es u.a.: „Das Recht der Briten, unser Volk zu beherrschen, ist nicht mehr wert, als das Recht der Nazis, über die Völker von Dänemark und Norwegen zu bestimmen, oder das Recht der japanischen Imperialisten, Formosa und Java zu beherrschen. Keinen Deut mehr!“

Beginn eines Desasters

Bereits noch während des Zweiten Weltkriegs zeigen sich erste große Spannungen innerhalb der Internationale. Eine Gruppe emigrierter deutscher Genossen fordert in ihren Schriften eine Verschiebung der Gewichtung weg vom Sozialismus hin zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit der europäischen Staaten. Sie vertreten die These, daß durch den Faschismus das Rad der Zeit ins Mittelalter zurückgedreht wurde und man somit auch dort wieder ansetzen müsse. Daher wäre der

erste logische Schritt, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit wieder zu führen. „Und das durch den Rückschritt bereitgestellte unerlässliche Mittel zur Lösung der Weltkrise des Kapitalismus und Sozialismus - ein Mittel, nach dem die Revolutionäre nur die Hand ausstrecken müssen, heißt: nationale Freiheit.“ Diese politische „Tendenz“ hält sich noch bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs innerhalb der Internationale, die schließlich Unterstützung durch die US-Führungsgenossen Felix Morrow und Albert Goldman erhält. Aber mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Entstehung der Ostblockstaaten und schließlich dem Beginn des Koreakrieges bahnen sich bereits größere Auseinandersetzungen an.

„Revolutionärer Stalinismus“?

Nach längerer Orientierungslosigkeit analysiert die Führung der Internationale schließlich 1949 die Existenz neuer bürokratischer Arbeiterinnenstaaten, nachdem man vor allem an die jugoslawische und chinesische Frage zu „optimistisch“ - Tito und Mao wurden unter anderem auch zu „unbewußten Trotzkisten“ hochstilisiert - herangegangen ist. Von dieser Tatsache ausgehend gelangt in Folge eine Gruppe von führenden Mitgliedern der Internationale, Michel „Pablo“ Rapis und Ernest „Germain“ Mandel, zu der folgenschweren Einschätzung der „revolutionären Rolle des Stalinismus“. „Beeindruckt“ von der Entstehung der neuen - bürokratisch deformierten - Arbeiterinnenstaaten, sieht diese Gruppe im Stalinismus nun eine Art „Geburthelfer des Sozialismus“.

Dazu schreibt Pablo im Internationalen Informationsbulletin der SWP im Dezember 1949 Folgendes: „...werden wir es dennoch in der gesamten historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die Jahrhunderte andauern kann, mit einer weitaus gewundeneren und komplizierteren Entwicklung der Revolution zu tun haben, als unsere Lehrer annahmen -

nicht mit normalen Arbeiterstaaten, sondern mit Arbeiterstaaten, die von Natur aus deformiert sind.“ Diese These wirft die ganze bisherige Einschätzung bezüglich des Stalinismus über den Haufen und verursacht einen Aufschrei in der gesamten Internationale.

Die Auseinandersetzungen und die entstehende Krise innerhalb der IV. Internationale breiten sich aber mit dem Ausbruch des Korea-Krieges und den damit verbundenen Analysen weiter aus. Die Pablo-Mandel Gruppe sieht in diesem Konflikt den Beginn eines neuen Weltkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion.

Unter der fixen Vorstellung eines neuerlichen Weltkriegs wird eine Analyse verabschiedet, die unter dem Begriff „Kriegsrevolution“ einigermaßen bekannt wird: Der durch den Korea-Krieg ausgelöste neue Weltkrieg soll dieser Theorie zufolge direkt in einen weltweiten Bürgerkrieg führen, in dessen Verlauf die Moskauer Bürokratie gezwungen wäre, soziale Revolutionen zu unterstützen - daher das Schlagwort „Kriegsrevolution“. Aber auch diese Theorie steht in Widerspruch zu den bisherigen Standpunkten der Internationale, die davon ausgehen, daß die „Weltrevolution“ nur das Werk des „Weltproletariats“ sein kann und nicht durch einen Stellvertreterkrieg zwischen dem US-Imperialismus und der stalinistischen Sowjetunion getragen wird.

Ein negativer Höhepunkt dieser schon skurril anmutenden Linie, ist ein Artikel von Ernest Mandel vom April 1951: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die weitgehende Verwüstung durch einen langen Dritten Weltkrieg in weiten Teilen der Welt zu einem enormen Zusammenbruch der Produktionsanlagen führen wird, der anfängliche bürokratische Deformierungen neuer siegreicher Revolutionen begünstigen werde. (...) Unser Vertrauen auf den Sieg der amerikanischen Revolution, die den sozialistischen Welt selbst nach einem vernichtenden Krieg zu gewaltigen Produktionskapazitäten verhelfen

würde, versetzt uns in die Lage, zuversichtlich der Perspektive einer proletarischen Demokratie nach dem Dritten Weltkrieg entgegen zu blicken."

Schließlich wird aus diesen neuen Thesen der Schluß gezogen, daß in der kurzen Zeit bis zum Ausbruch des Dritten Weltkriegs die Internationale nicht aufgebaut werden könne. Daher sollen laut Pablo die Kader der IV. Internationale den bereits bestehenden - sozialdemokratischen - Massenorganisationen beitreten, um am Ende des Dritten Weltkrieges im „weltweiten Bürgerkrieg“ Stellung zu beziehen.

Der große Krach 1953

Der 3. Weltkongreß der Internationale tagt im September 1951. Er nimmt diese Thesen (und im besonderen die Hinorientierung auf die Perspektive eines Dritten Weltkrieges) an und spitzt so die ohnedies bereits offenen Spannungen noch weiter zu. Innerhalb der Internationale haben sich im Laufe des Aufkommens der strittigen Thesen Pablos und Mandels mehr oder weniger feste Fraktionen gebildet. Auf der einen Seite stehen Pablo und Mandel, die das Internationale Sekretariat vertreten und auf der anderen der US-Amerikaner Cannon, der Franzose Lambert und der Brite Healy.

Der Konflikt wird aber nicht nur auf der Bühne der Internationale ausgetragen, sondern findet auch verstärkten Widerhall innerhalb der einzelnen Sektionen, wo sich ebenfalls Fraktionen bilden. Die Polarisierung nimmt in den folgenden Monaten immer weiter zu und schließlich wird die Auseinandersetzung über die Thesen Pablos und Mandels zum einzigen bestimmenden Thema und läßt die Internationale vollends. In dieser Situation erscheint der „Offene Brief an alle Trotzkisten der Welt“ von James P. Cannon, in dem er sich offen gegen die Politik Pablos wendet und sich und die SWP außerhalb der Internationale stellt. Dazu aus dem Schlüsseil des „Offenen Briefes“: „Wir fassen zusammen: Der Graben zwis-

schen Pablos Revisionismus und dem orthodoxen Trotzkismus ist so tief, daß weder ein politischer noch ein organisatorischer Kompromiß möglich ist. (...) Sie sind entschlossen, alle orthodoxen Trotzkisten aus der IV. Internationale zu vertreiben oder ihnen einen Maulkorb umzuhängen und Handschellen anzulegen. (...) Wenn wir den Sektionen der IV. Internationale von unserer Position aus, die erzwungenenmaßen außerhalb der Mitgliedschaft liegt, einen Rat geben dürfen, so meinen wir, daß es Zeit ist, zu handeln - entschlossen zu handeln. Es ist Zeit, daß die orthodox-trotzkistische Mehrheit der IV. Internationale ihren Willen gegen Pablos Machtanmaßung durchsetzt.“

Im Sommer 1953 erklärt die Pablo Fraktion der SWP unter der Leitung Bert Cochran den politischen Boykott der US-Führung, da sich diese gegen die Thesen der Internationale - also Pablo und Mandel - stellt. Der Boykott äußert sich unter anderem in einer Weigerung, Zeitungen zu verkaufen oder Geld zu sammeln. Daraufhin werden sie Anfang November auf einer Sitzung des Nationalkomitees aus der SWP ausgeschlossen. Kurz darauf am 23. November 1953 gründet sich das „Internationale Komitee der IV. Internationale“ - die internationale Vereinigung der „orthodoxen“ TrotzkistInnen; damit ist der organisatorische Bruch endgültig vollzogen. Doch die Krise der IV. Internationale ist deswegen noch lange nicht „bereinigt“. Als Reaktion auf die Abspaltung und den Aufruf zur Absetzung der Internationale Führung veranstaltet diese unter der Leitung Pablos und Mandels im Frühjahr 1954 den 4. Weltkongreß, in dem sie sich organisatorisch wie auch politisch bestätigen läßt.

Die 1953 eingegangenen Koalitionen - auf der einen Seite das Internationale Komitee unter Cannon, Lambert und Healy und auf der anderen das Internationale Sekretariat unter Pablo und Mandel - zerfallen in Folge. 1963 schließt sich die SWP wie-

der dem Internationalen Sekretariat an und bildet so das Vereinigte Sekretariat und auch die Wege Lamberts und Healy trennen sich genauso wie die Mandels und Pablos. Übrig bleibt bis heute ein Scherbenhaufen in sich völlig zerstrittener, bis ins Sektierertum verfallener Fraktionen und Gruppierungen einer Internationale, die angetreten war, die neue Weltpartei des Proletariats zu werden.

Schlußfolgerungen

45 Jahre Krise der IV. Internationale sind eine Krise der internationalen ArbeiterInnenbewegung.

Von vielen Seiten wird nun seit Jahrzehnten versucht, die IV. Internationale und die Bewegungen um sie herum einzige und alleine an der Person Trotzks fest zu machen. Hinter dieser eher harmlos erscheinenden Argumentation verbergen sich aber zwei konkrete Absichten.

Die eine manifestiert sich in der „Theorie“, daß es sich beim Kampf der Linken Opposition gegen die Stalinisierung der Sowjetunion lediglich um einen Machtkampf in Rußland gehandelt habe. Die IV. Internationale wäre in diesem Sinne ein machtpolitisches Instrument Trotzks gegen Stalin gewesen. Somit entsteht dann die einfache Formel: Stalinismus=Kommunismus=Trotzkismus. Die IV. Internationale hätte also demnach ihre historische Mission mit dem Tod der beiden Hauptkontrahenten - Trotzki und Stalin - , spätestens aber seit dem Zusammenbruch des Ostblocks, erfüllt.

Die zweite These läuft darauf hinaus, daß mit dem Tod Trotzks der IV. Internationale das politische Korrektiv abhanden gekommen sei. Die in den 40er Jahren auftretenden politischen Differenzen, die letztlich 1953 zum großen Bruch führen, sind so nur der konsequente Ausdruck dieser Einschätzung. Aus der Reduzierung der Politik, Analysen und Einschätzungen der IV. Internationale allein auf die Person Trotzks leitet sich schließlich wieder eine einfache

Formel ab: Kein Trotzki - keine Internationale! Nun ist die Frage „Wie weiter nach Trotzkis Tod?“ keine neue und ist seit seiner Ermordung Bestandteil vieler Diskussionen in und rund um die IV. Internationale.

Der Vorsitzende der US-amerikanischen Sektion, James P. Cannon, gibt in einem Referat vom Mai 1946 folgende Antwort auf diese Fragestellung: „Seit Trotzkis Tod treffen wir in unserer Partei - und nicht nur dort - immer wieder auf die Auffassung, daß die einzige Rettung für die IV. Internationale irgendeine neue Messias wäre. Mit anderen Worten: Die kollektive Arbeit, in der Fehler korrigiert und richtige Antworten gefunden werden, das strenge Festhalten an dem Programm, die Zusammenarbeit zwischen den Parteimitgliedern, die Wahl einer tüchtigen Parteiführung und die Zusammenarbeit der Parteiführer in einem internationalen Zentrum rei-

chen nicht aus. Wir brauchen jemanden, der über all dem steht und als Individuum die Bewegung führt. Das ist der Messias-Komplex. (...) Aber hinter dieser Aussage 'Cannon nimmt nicht Trotzkis Stelle ein' versteckt sich das Gefühl, irgend jemand müsse doch Trotzki ersetzen. Wir sagten, die Internationale müsse auf internationaler Ebene an Trotzkis Stelle treten, denn Trotzkis fallen nicht vom Himmel.“

So verschieden beide oben umrissenen Argumentationslinien auch erscheinen mögen, so liegt doch bei den Thesen eine Gemeinsamkeit zu Grunde: Beide versuchen Erklärungen zu finden, warum und wieso die Ideen und Ziele der IV. Internationale ihre „Daseinsberechtigung“ verloren haben und lassen dabei den wichtigsten Aspekt für RevolutionärInnen, die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnen-Internationale, der an seiner Aktualität bis heute

nichts eingebüßt hat, völlig außer Acht.

Ali Kropf

Verwendete und weiterführende Literatur zu beiden Artikeln

„A history of the CWI“, CWI
Programm der Internationale, CWI
Gluckstein, Gauthier: „Der Kampf für die Internationale“

Leo Trotzki: Das „Übergangsprogramm“, „Verratene Revolution“, Italien: „Wie Mussolini siegte“, „Der Zyklus der Entwicklung zum Faschismus“, „Portrait des Nationalsozialismus“

Pierre Frank: „Geschichte der IV. Internationale“

Stephane Just: „Der Kampf für den Wiederaufbau der IV. Internationale (1953-1980)“

David North, „Das Erbe, das wir verteidigen“

Jean-Jacques Marie, „Die ersten fünfzehn Jahre der IV. Internationale“

Krise in Rußland

Depression wie im Europa der 30er



„Das neue kapitalistische Rußland hat in nur sieben Jahren das erreicht, was der Sowjetunion in 70 Jahren nicht gelang - nämlich das gesamte kapitalistische System in Gefahr zu bringen“, so der zynische Kommentar eines britischen Journalisten. Wenn auch der Kapitalismus noch nicht fällt, so schwankt er doch: Nachdem Anfang der 90er Jahre mit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa der internationale Sieg des Kapitalismus gefeiert worden war, zeigt die jetzige Situation in Rußland

deutlich, daß es nicht gelungen ist, auch nur irgendeine Überlegenheit der Marktwirtschaft zu demonstrieren - im Gegenteil.

Totale Krise

Die Krise in Rußland, ist eine auf allen Ebenen: Es gibt mit der Abwertung des Rubels eine Währungskrise, mit dem Zusammenbruch der Börse eine Finanzkrise und mit dem Fehlen von Krediten und Darlehen eine Krise des Kapital-

marktes. Damit nicht genug gibt es eine tödlich ernste Krise in der Realwirtschaft gekoppelt mit Inflation die die Ersparnisse der Mittelklasse zunichte macht. Das alles führt zu einer politischen Krise - weder Staat noch Regierung verfügen in den Augen der Massen noch über Autorität.

Mafiakapitalismus

Die Restauration des Kapitalismus in Rußland ist ein Desaster für die

Menschen, v.a. die ArbeiterInnen und BäuerInnen. 40 % der Industrie und damit 100.000e Arbeitsplätze wurden zwischen 1990 und 1998 vernichtet. Das Brutonationalprodukt ist für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion um 50 % abgefallen.

Hat man einen Job, so bekommt man oft monate- oder sogar jahrelang keinen Lohn ausbezahlt. Ein Viertel aller RussInnen hat nicht mehr als 300 Schilling monatlich zur Verfügung. Offiziell leben mehr als 50 % unter der Armutsgrenze. Sogar im privilegierten Großraum Moskau (80 % aller Auslandsinvestitionen gingen in die Hauptstadt) müssen 80 % aller Lebensmittel und drei Viertel aller Medikamente importiert werden. Allein hier wurden seit der August-Krise 150.000 Menschen entlassen. In einem Fernseh-Interview beschrieb ein Pensionist die ihm offenstehenden Möglichkeiten mit den Worten „nach Hause gehen und mich aufhängen...“ Vorausgesetzt, man erreicht das Pensionsalter überhaupt: Die Lebenserwartung eines durchschnittlichen männlichen Russen ist auf 58 Jahre gefallen, in einigen Regionen sogar auf 43!

Die Restauration des Kapitalismus in Rußland ist auf niedrigstem Niveau stehengeblieben. Es ist ein Gangster- und Mafioskapitalismus, indem es einige wenige geschafft haben, die ehemaligen Staatsbetriebe in ihre Hände zu bekommen und die wichtigsten Wirtschaftsbereiche zu kontrollieren, ohne einen Rubel Steuer zu bezahlen.

Ein großer Teil der Gelder des Internationalen Währungsfonds (IWF) verschwanden sofort auf irgendwelchen dubiosen Konten. Einziger noch boomender Wirtschaftssektor ist jener der privaten Sicherheitsdienste. Es regiert ausufernde Korruption. Einflußsphären werden mit Waffengewalt „abgesteckt“. Wurden 1992 „nur“ 10 % des Binnenhandels in Naturalien abgeglichen, so sind es heute bereits 50-70 %. Es konnten sich so „Lokalfürsten“ etablieren, denen die Bevölkerung für eine minimale Grundversorgung auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist. Ein

Auftragsmord ist billig zu haben. Zynische Witze, wie der folgende, beschreiben die Situation oft besser als lange Analysen: „Zwei Auftragsskiller stehen in einem Hausflur und warten auf ihr Opfer. Aber es kommt und kommt nicht. Sagt der eine Killer - schon besorgt - zum anderen: 'Furchtbar, wie unsicher unsere Stadt ist - es wird ihm doch nichts passiert sein...'“

Wirtschaftskrise

Ausgelöst vom weltweiten Fall der Rohstoffpreise - über 70 % der Investitionen gingen von 1991-95 in den Rohstoff-Sektor - und von der Asienkrise kam es im August/September dieses Jahres zu einem Absturz des Rubels. Er verlor 66 % seines Wertes. Damit „gelang“ dem Rubel das, was zuvor schon der indonesischen Währung „gelungen“ war. Mit nur einem Unterschied: Brauchte die indonesische Währung ein Jahr für diesen Wertverfall, so schaffte ihn der Rubel innerhalb von drei (!) Wochen.

Der Zusammenbruch des Rubels bedeutet zum Beispiel für einen Pensionisten in Kaliningrad, der gerade noch 1440,- Schilling monatlich zur Verfügung hatte, daß er jetzt noch über 500,- verfügt. Betroffen von der jetzigen Krise sind auch jene, die es nach der Wende geschafft hatten, in einem westlichen Unternehmen unterzukommen und drei bis vier Mal mehr verdienten als ein/e durchschnittliche/r ArbeiterIn. Auf eine offene Stelle kommen bereits dutzende AnwärterInnen.

Die Inflation betrug im August/September 150 % und eine Besserung für 1999 ist, vor allem wenn IWF-Mittel ausbleiben, nicht abzusehen. Bis Ende 1998 ist allein die (geplante) Schuldenrückzahlung mindestens doppelt so hoch wie die 25 Mrd \$ Steuereinnahmen.

Verstärkt wird die jetzige Krise durch einen gesteigerten Kapitalabfluß in „sichere Märkte“: Der Chef der Zentralbank sagt, daß seit August 5 Milliarden Dollar aus Rußland geflossen sind. In den ersten elf Monaten

1998 ging der Außenhandel um 17 % zurück. Im Moment fließen pro in Rußland investiertem Dollar \$ 15 wieder ab. Dazu kommt noch die Flucht innländischen Kapitals in Staatsanleihen, die vom Staat mit hohen Zinsen zurückbezahlt werden müssen - was angesichts fast völlig fehlender Steuereinnahmen schier unmöglich ist.

Ausländische Investoren haben durch die August-Krise schätzungsweise 100 Mrd \$ verloren, was als größter jemals dagewesener Verlust von privaten Kreditoren gesehen werden kann. Vergleichsweise sind diese Verluste sechsmal höher als jene durch die Mexiko-Krise 1990. Und diese hat fast zum Zusammenbruch des US-Bankensystems geführt. Angesichts dessen sind die Versuche bürgerlicher Kommentatoren, die Krise als eine nur auf Rußland beschränkte abzutun, in den Bereich der Propaganda zu weisen.

Und auch wenn das Volumen der russischen Börse vergleichsweise mickig ist - die Wichtigkeit Rußlands für die Weltwirtschaft kann man zum Beispiel an seinen Ressourcen sehen: Rußland ist der weltgrößte Lieferant von Erdgas, Aluminium, Nickel und Platin und einer der größten von Erdöl, Gold und Diamanten. Und wenn auch z.B. nur 2 % der deutschen Exporte nach Rußland gehen, so ist die west-europäische Wirtschaft natürlich durch ihre Verflechtungen mit Osteuropa - vor allem aber auch durch die Kredite westlicher Banken an Rußland - von der Rußland-Krise betroffen.

Politische Instabilität

Die Regierung Primakow trat an unter der Prämisse, schleunigst einen Krisen-Bewältigungsplan auszuarbeiten. Doch die Bekanntmachung des - vor allem vom IWF permanent eingeforderten Plans - wird ständig verschoben: Neuester Termin Frühjahr 1999. Innerhalb des Machtzentrums gibt es darüber einen Richtungsstreit: Die „Radikalreformer“ um Gaidar&Co., die mit für die Krise verantwortlich

gemacht werden, geraten im Moment ins Hintertreffen. Auch als Reaktion auf den öffentlichen Unmut ist nun mit Jewgenij Primakov jemand an der Regierungsspitze, der verstärkt für einen „sanften“ Weg steht: Nämlich über mehr Staatsintervention die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzumildern. Woher das Geld dafür kommen soll, ist ungewiß. Sogar Boris Jelzin war durch die August-Krise gezwungen, die Renationalisierung von 8 Banken (darunter drei der größten) zu veranlassen. Doch jene bürgerlichen Kommentatoren, die rund um den Clinton-Besuch im Herbst eine „Rückkehr zur Kommando-Wirtschaft“ witterten, stifteten in erster Linie Verwirrung: Kein politisches Lager - auch nicht Sjuganows KPRF - will eine Wiedereinführung der Planwirtschaft. Es geht einzig und allein darum, ein bisschen mehr zu intervenieren und die Industrie mit staatlichen Mitteln zu erneuern, um sie dann privaten

Unternehmern wieder zu geben. Am kapitalistischen Charakter des Staates ändert sich durch diese Maßnahmen nichts.

Hungerwinter

Die Situation spitzt sich für die russischen Bevölkerung durch die besonders schlechte Versorgungslage und den Winter weiter zu: Es gab die schlechteste Ernte seit 1945 (und trotzdem wurde noch im Oktober Getreide exportiert). Bereits im November gab es dutzende Kältetote. Ende November starb ein Lehrer, der sich wegen Nichtbezahlung des Lohns im Hungerstreik befand. Im Osten Rußlands gibt es bei minus 15°C nur 4 Stunden Strom pro Tag. In der durchschnittlichen sibirischen Wohnung hat es trotz Heizens nur 7 bis 8 °C. Das einzige, was im Überfluß vorhanden ist und „wärmst“, ist der Vodka...

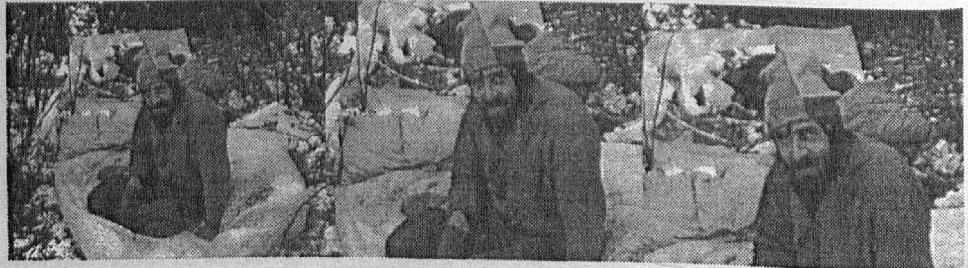
Die Wahlen in St. Petersburg werden als Testwahlen gewertet. Ihnen

zuvorgegangen war die Ermordung der populären Politikerin Galina Starowitjona. Diese ehemalige Beraterin Jelzins und Freundin der Radikalreformer Gaidar und Tschubois wurde von vielen als integre Alternative zur herrschenden Korruption gesehen. Doch auch ihre Demokratische Partei steht voll im Zeichen der kapitalistischen Restauration. Und bietet somit keine Antworten auf die brennenden sozialen Fragen. Eine echte Alternative kann nur eine Partei sein, die die sofortige Auszahlung der Lohn- und Pensionsrückstände fordert, eine Partei, die dafür eintritt, daß Löhne und Pensionen via Index an die Inflation angeglichen werden und daß Banken und Industrie vergesellschaftet werden, um dem herrschenden Chaos durch eine demokratische Planung der Wirtschaft entgegen zu wirken: mit einem Wort - eine ArbeiterInnenpartei.

Katja Arthofer

Krise in Rußland

Kein Ausweg aus der Sackgasse?



Präsident Jelzin empfing Ende November den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin - an seinem Krankenbett. Dieses Bild ist bezeichnend für Rußland. Es fehlt dem Land Arbeit, Essen und eine politische Kraft, die den Ausweg zeigt.

In Meinungsumfragen hält Jelzin gerade noch bei 1 % Unterstützung, Vertrauen in den Staat haben nur noch 14 %. Im Bewußtsein der Massen wird immer klarer, daß die Krise im August auch mit der Politik des IWF zusam-

menhängt, die anfänglichen Illusionen in den kapitalistischen Markt sind dahin. So manch bürgerlicher Kommentator erkennt, daß der Kapitalismus in Rußland für den Kapitalismus weltweit enorme Gefahren birgt.

Bezeichnend ist die Schlagzeile einer großen Moskauer Tageszeitung: „Die Regierung hat noch immer kein Wirtschaftsprogramm - sie verspricht es für nächste Woche!“

Wahrscheinlich sind in der kom-

menden Zeit auch „Albanische Verhältnisse“. Der Unterschied: In Albanien waren es private mafiose Verbrecher und ein Teil der Politiker, die die Leute um ihr Geld betrogen, in Rußland ist es vor allem die Regierung selbst. Dabei machen die „Staatsanleihen“ nur einige Millionen Dollar aus. Viel schwerer wiegt der Lohnauszahlungsstopp. Während Löhne teilweise seit weit über einem Jahr ausstehen, verschwendete Jelzin 30 Milliarden Dollar, um seinen letzten

Wahlsieg zu finanzieren.

Heute ist Jelzin für die Bourgeoisie nicht mehr länger von Vorteil. Entweder ist er besoffen oder er liegt im Spital. Wer aber an seine Stelle treten soll, ist noch unklar. Da gäbe es Premier Primakow, der aus der Sichtweise der Bourgeoisie „vertrauenswürdig“ wäre. Auf General Lebed wird wohl (noch) weniger gesetzt, ist dieser doch zu unberechenbar und könnte den Interessen von Teilen der herrschenden Elite im Weg stehen. Ein Militärputsch seinerseits ist zwar denkbar, praktisch aber aufgrund des Chaos in und damit der Schwäche der Armee kaum möglich. Luschkow, Oberbürgermeister von Moskau wurde des öfteren als Kronprinz gehandelt. Aber auch er hat mit Problemen zu kämpfen: Erstens befindet sich auch Moskau nun voll in der Krise, zweitens stützt er sich ebenfalls auf Mafia-Kreise. Luschkows Hauptstößrichtung bei den kommenden Wahlen wird, wie die seiner Kontrahenten, der großerussische Chauvinismus sein, der allgemein im Aufwärtstrend liegt.

Die Korruption ist fixer Bestandteil des Alltags: Sobald jemand auch nur die Vermutung über Korruption innerhalb des Parlaments äußert, steht er auf der Todesliste. Politische (Auftrags)Morde stehen auf der Tagesordnung. Letzter Höhepunkt war die Ermordung der Abgeordneten Starowitowa, Vorstandsmitglied der radikal-kapitalistischen Organisation „Demokratisches Rußland“ und frühere Jelzin-Beraterin.

Ein Sprecher der Duma (Parlament) meinte, es bestehe die „Gefahr, daß Banditen die Macht ergreifen“. Nur das ist eben schon längst der Fall. Der Staat ist die Mafia, die Mafia ist der Staat!

Die Rolle der KP

Das entscheidende Problem, das die ohnehin trostlose Situation für die Arbeiterinnenschaft noch schlimmer macht, ist das Fehlen einer Arbeiterinnenpartei. Es gibt in Rußland keine annähernd linke Partei in

größerem Umfang.

Die „Kommunistische“ Partei der russischen Föderation, stärkste Fraktion in der Duma, ist weder eine linke noch eine Arbeiterinnenpartei, noch Opposition. Sie vereint die reaktionärsten Elemente der ehemaligen stalinistischen Bürokratie. Das sind vor allem jene Teile, die in der Privatisierungswelle 1990 leer ausgegangen sind.

Antisemitische KPRF

Die KPRF ist von rechtsextremen bürgerlichen Kräften nur schwer zu unterscheiden. Das wohl deutlichste Beispiel ist die antisemitische Hetze führender KPFer vor wenigen Wochen. Der Abgeordnete Makaschow sagte, „Juden gehören ins Grab“ und er selbst werde „mindestens ein Dutzend Juden in den Tod schicken“. Das ist der Gipfel eines Eisberges. Viele schlossen sich an: So erklärte sich der Chef der Moskauer KP, Alexander Kuwajew, mit Makaschow „solidarisch“. Und KP-Chef Sjukanow dankte Makaschow, daß er auf das „jüdische Thema“ aufmerksam machte, das „uns alle beunruhigt“. Wen verwundert es da noch, daß Bündnisse der KP mit diversen Nazi-Splitter-Gruppen oder orthodoxen Popen keine Seltenheit sind. Die KP-Stadtregierung von Voronesch schloß vor kurzem einen Vertrag mit einer faschistischen Security-Agentur. Ihre Aufgabe: In Schulen für „Ordnung“ zu sorgen.

Jeder kann sich vorstellen, unter welch schwierigen Bedingungen SozialistInnen dort zu arbeiten haben. Der Antisemitismus in der (ex-)stalinistischen KP reicht übrigens bis zu Stalin zurück, der selbst, vor allem in den Schauprozessen der 30er gegen die wirklichen KommunistInnen der Linken Opposition um Trotzki und andere, auch zu Nationalismus und Judenhaß griff. Auch sonst ist die KP weit davon entfernt, nur ansatzweise die Rolle einer (linken) Opposition zu spielen: Seit Jahren gibt es im Parlament eine Vorgangsweise, die der Regierung (offensichtlich) hilft ihre Mehrheit zu sichern: Bei jeder Abstimmung wird

ein Teil der KP-Abgeordneten dazu bestimmt, der Regierung eine Mehrheit zu bescheren. Auch unterstützt die KP den Budgetentwurf des neuen Premiers. Der Inhalt: härteste Kürzungen, ein spezieller Hilfsappell an den IWF, die Kommerzialisierung der Bildung etc. Danach forderte Sjukanow Präsident Jelzin auf, einen Teil der Massenmedien zu übernehmen, da sie durch ihr „antirussisches“ Verhalten „destabilisieren“. Und wenn die Regierung aufgrund der Kriminalitätsrate oder von Bombenanschlägen wieder einmal den Rassismus strapaziert, folgt ihr die KP bei Fuß.

Das Wirtschaftsprogramm der KP deckt sich prinzipiell mit dem der Regierung. Es ist der „kommunistische“ Vizepremier Maslukow, der andauernd beschwichtigend das kommende „Wachstum“ beschwört. Auch Sjukanow sucht - wie Jelzin - Unterstützung beim IWF. Anstatt die Interessen der ArbeiterInnenchaft in den Vordergrund zu stellen, strebt er eine „Koalitionsregierung“ mit „ehrlichen russischen Unternehmern“ an. Wenn Arbeiter und Arbeiterinnen die KP wählen, dann nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik, oft in der Hoffnung, sie stünde zumindest irgendwo in Opposition zu diesem maroden System. Sie tut es aber nicht.

Dort, wo die KP an der Macht ist, bekämpft sie streikende ArbeiterInnen. Den streikenden Kumpels in Moskau hat sie auch nicht geholfen. Geschweige denn versucht, diese Bewegung zum Sturz des Kapitalismus in Rußland und für die Forderungen der Bergarbeiter zu nutzen. Diese reichen vom Rücktritt der Regierung über Nationalisierung der Minen, Banken und gesamten Industrie bis zu Elementen einer Planwirtschaft unter ArbeiterInnenkontrolle. Diese Forderungen der Bergarbeiter sind nicht die Forderungen der KP.

Die Bergarbeiter marschieren wieder

Dieser 3 monatige Streik der Bergarbeiter vor dem Weißen Haus in

Moskau war ein kräftiges Lebenszeichen der russischen ArbeiterInnenklasse.

Ansätze unabhängiger gewerkschaftlicher Organisierung sind genauso zu beobachten wie wachsende Radikalität, vor allem wenn man bedenkt, daß es die Bergarbeiter waren, die 1991 Jelzin an die Macht halfen.

Das repräsentiert Entwicklungen im Bewußtsein von Teilen der ArbeiterInnenklasse, daß der Wiederaufbau von kämpferischen Gewerkschaften und einer ArbeiterInnenpartei die wichtigste Aufgabe ist.

Abhängige Gewerkschaften

Die Mißstände eines bevorstehenden Hungerwinters, nicht bezahlte Löhne, die Stilllegung von Fabrik um Fabrik werden dadurch verschlimmert, daß es keine starke organisierte politische Kraft gibt. Die offiziellen Gewerkschaften haben mehr mit dem Staatsapparat zu tun als mit ihrer

Mitgliedschaft. Sie haben z.B. durch ihre Stellung als Besitzende von Unternehmen kein Interesse an Streikaktionen, vor allem wenn sie sich so deutlich gegen die Regierung richten, wie die Proteste der Bergarbeiter der vergangenen Monate. Darüberhinaus läßt sich die Gewerkschaftsführung von den Drohungen des Staates „wenn ihr streikt, enteignen wir Euch“ einschüchtern - die materialen Interessen der Führung stehen hier wohl über den Interessen der Mitglieder! Selbst die Unabhängige Bergarbeiter Gewerkschaft steht nicht voll hinter ihren Mitgliedern. Einer ihrer wichtigsten Führer, Sergejew, war ein Verfechter der Privatisierungen.

Die Armee ist ein weiteres Pulverfaß: Amokläufe, Selbstmorde, Unfälle aller Art passieren täglich, Offiziere erhalten oft weder Löhne noch eine Wohnung nach der Entlassung, das Essen wird knapp. 25 % der Bevölkerung sind direkt oder indirekt mit der Armee verknüpft. Die Überlebselfe der Roten Armee sind

ehler ein Spiegelbild der Gesellschaft als ein gut organisierter „Staat im Staat“. Ein Aufstand in der Armee käme von unten und wäre nicht zu vergleichen mit einem Putsch von Generälen. Extrem gefährlich ist die Degeneration natürlich im Fall der Atomwaffen, speziell des Schmuggels durch die Mafia.

Die künftigen Auseinandersetzungen und Kämpfe werden oft chaotisch mit starken Elementen von Nationalismus, Pogromen und ohne Systemalternative ablaufen.

Eine „Ära des Terrors“ wird von russischer Elite sowie bürgerlicher Medien vorhergesagt.

Die Frage ist, ob es der ArbeiterInnenklasse gelingt, die Bewegung wiederaufzubauen und sich eine Partei zu schaffen, die der Frage um die Macht nicht ausweicht. Wenn man sich die Traditionen der russischen städtischen und ländlichen ArbeiterInnenklasse ansieht, kann man für die Zukunft optimistisch sein.

Franz Breier jun.

Politisches Camp im Sommer 1999

„10 Jahre danach!“



Im August 1999 veranstaltet die SOV gemeinsam mit der tschechischen Sektion des CWI und den GenossInnen aus der GUS ein Sommercamp in Nord-Böhmen.

Unter dem Motto „10 Jahre danach!“ wird über die praktischen Erfahrungen mit der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und über Perspektiven für SozialistInnen diskutiert. Natürlich nicht ohne den historischen und theoretischen Hintergrund der Entwicklung in der Sowjetunion und Osteuropa (Stichworte: Stalinismus, permanente Revolution, politische Revolution...) zu beleuchten.

Wer Interesse hat, sollte sich jetzt schon vormelden:

SOV - Kaiserstr.14/11 - 1070 Wien
Tel: 01- 524 63 10 Fax: 01- 524 63 11

email: sov@gmx.net

Satzung der Sozialistischen Offensive Vorwärts



§ 1) Name, Sitz, Tätigkeitsbereich

- 1) Die politische Partei führt den Namen „Sozialistische Offensive Vorwärts“ (SOV).
- 2) Sie hat ihren Sitz in Wien
- 3) Gemäß den Bestimmungen dieser Satzung können in ganz Österreich Untergliederungen ohne Rechtspersönlichkeit errichtet werden.

§ 2) Ziele und Zweck der SOV

- 1) Die SOV strebt die Bildung einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und Bewegung in Österreich und international an. Die SOV wird getragen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, aktiven GewerkschaftsInnen und PensionistInnen. Sie hat keine Privilegien zu vergeben und keine großen Geldgeber im Hintergrund.
- 2) Die SOV ist die österreichische Sektion des „Komitee für eine ArbeiterInneninternationale“ (KAI / CWI). Sie anerkennt dessen Programm, Aufbau und Beschlüsse. Die SOV grenzt sich damit in ihrem Aufbau, ihren Zielen und Traditionen deutlich von anderen, den etablierten Parteien und Organisationen ab.
- 3) Die SOV kämpft für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung und steht auf der Grundlage des Marxis-

mus. Der Kapitalismus kann nur durch eine internationale Revolution gestürzt werden, in der die Multis und Großkonzerne in die demokratische Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung überführt werden. Unser Ziel ist eine klassenlose Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt sind und die Masse der Bevölkerung die politischen und ökonomischen Entscheidungen trifft. Sowohl die sozialdemokratisch regierenden wie die stalinistischen Staaten hatten mit einem solchen Gesellschaftsmodell nichts zu tun.

- 4) Die ArbeiterInnenklasse ist der zentrale Bezugspunkt für die politische Tätigkeit der SOV. Die SOV will die entscheidenden Teile dieser Klasse für ihre Ziele gewinnen, um die Gesellschaft grundlegend verändern zu können.

5) Die SOV knüpft an den kämpferischen Elementen in der Geschichte der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung an. Dazu gehören vor allem die sozialistischen Traditionen der verschiedenen internationalen Vereinigungen, die Gründungsphase der Sozialdemokratie wie der KPÖ, die russische Oktoberrevolution, der antifaschistische Widerstandskampf und der Oktoberstreik 1950.

- 6) Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Kampf mit allen linken, sozialistischen und revolutionären

Kräften ist ein weiteres zentrales Element für die Arbeit der SOV.

- 7) Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus, hier vor allem gegen die FPÖ und die politischen und sozialen Ursachen ihres Aufstieges, ist eine entscheidende Aufgabe für die österreichische ArbeiterInnenbewegung geworden.

- 8) Die SOV beabsichtigt u.a. allein oder in Verbindung mit anderen Organisationen mit ähnlichen politischen Zielen, durch die Teilnahme an Wahlen an der politischen und demokratischen Willensbildung mitzuwirken.

§ 3) Aufbringung der finanziellen Mittel

- 1) Die Finanzierung der SOV erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Abgaben politischer Funktionäre, Verkauf von Publikationen (wie z.B. Verkauf der Zeitung Vorwärts), ev. Zuwendungen öffentlicher Stellen, Sachspenden (Büromaterial u.ä.).

- 2) Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten der SOV.

- 3) Die SOV ist berechtigt, von Zuwendungen, die ihre Mitglieder für die Ausübung politischer Tätigkeiten erhalten, Beiträge, zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen, einzuheben.

§4) Mitgliedschaft - Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1) Mitglied der SOV kann werden, wer Programm und Statut anerkennt, an der Arbeit der SOV mitwirken will und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlt.
- 2) Der monatliche Mitgliedsbeitrag ist abhängig vom persönlichen Einkommen und wird im Einvernehmen mit der Ortsgruppe festgelegt.
- 3) Mitglieder werden durch die zuständige Ortsgruppe aufgenommen; wo eine solche nicht existiert, durch die Bundesleitung bzw. den Bundesvorstand.
- 4) Die Mitglieder beteiligen sich an den Diskussionen in den Strukturen der SOV, wo volle Diskussionsfreiheit besteht und Anträge eingebracht werden können.
- 5) Die Mitglieder besuchen regelmäßig eine Ortsgruppe (wo eine vorhanden ist) und helfen beim Aufbau dieser Ortsgruppe durch aktive Gestaltung und Bewerbung der Treffen mit.
- 6) Mitglieder der SOV bilden sich und andere Mitglieder politisch weiter und wirken an der Entscheidungsfindung und Verwirklichung von Beschlüssen mit.
- 7) Mitglieder der SOV treten in ihrem persönlichen Umfeld, in Betrieb und Gewerkschaften, in Schule oder auf der Universität, im Wohngebiet und in Initiativen für die Ideen und Ziele der SOV ein und verkaufen regelmäßig die Zeitung und andere Publikationen der SOV.
- 8) Die Mitglieder verbreiten Ideen und Programm der SOV und versuchen, neue Mitglieder zu gewinnen.
- 9) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Rückstufung, Ausschluß oder Tod.

10) Die Rückstufung kann erfolgen, wenn das Mitglied länger als 6 Monate keinen Mitgliedsbeitrag bezahlt hat und/oder sich nicht an der Arbeit der SOV aktiv beteiligt.

11) Mitglieder können aus folgenden Gründen aus der SOV ausgeschlossen werden: Äußerungen bzw. Aktivitäten, die gegen Programm und Statut der SOV verstößen sowie wegen Mißachtung von Beschlüssen nach außen.

12) Die Mitgliedschaft bei der SOV ist unvereinbar mit sexistischem und rassistischem Verhalten, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und mit Verhalten, das andere Mitglieder schädigt. Es wird mit Maßnahmen, je nach Schwere des Falls, bis zum Ausschluß, geahndet. Diese Maßnahmen werden von der Ortsgruppe bzw. vom Bundesvorstand beschlossen. Einspruch dagegen kann beim nächst höheren Gremium eingelegt werden.

13) Über den Ausschluß entscheidet die Ortsgruppe oder der Bundesvorstand. Bei Mitgliedern des Bundesvorstandes kann nur der Bundesvorstand oder die Bundeskonferenz darüber entscheiden.

14) Das betroffene Mitglied hat Recht auf Anwesenheit und Stellungnahme zu den Vorwürfen.

15) Das betroffene Mitglied kann Einspruch beim nächst höheren Gremium einlegen. Das betroffene Mitglied kann an die Bundeskonferenz herantreten, die den endgültigen Beschluß trifft.

16) Sollte ein Mitglied der SOV eine bezahlte politische Funktion übernehmen, so hat sich sein/ihr persönliches Einkommen höchstens an einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn orientieren.

§5) Minderheiten und Fraktionen

- 1) Die SOV erkennt ausdrücklich das Recht auf unterschiedliche Meinungen innerhalb der Organisation.

UnterstützerInnen einer Meinung haben die Möglichkeit und das Recht, sich in Tendenzen* oder Fraktionen zusammenzuschließen. Voraussetzungen dafür sind lediglich die Bekanntgabe eines solchen Schrittes gegenüber dem Bundesvorstand und die weitere Einhaltung der Mitgliedskriterien.

2) Eine Fraktion hat das Recht:

- a) eine schriftliche Debatte in der gesamten Organisation zu führen.
- b) eigene Finanzbeiträge einzuheben.
- c) eigene interne Publikationen zu verbreiten.
- d) sich selbstständig zu treffen.
- e) gemäß Ihrer Stärke Berücksichtigung (z.B. punkto Redezeit) auf Konferenzen zu finden.

(*Eine Tendenz ist dem Bundesvorstand mitzuteilen und dient dort, wie auch auf den Bundeskonferenzen, zur Erhöhung des Gewichtes eines Minderheitensandpunktes. Einer Tendenz stehen keine besonderen Rechte zu. Sie ist ein weniger schwieriger Schritt als die Bildung einer Fraktion.)

§6) Die Strukturen der SOV

- 1) Die SOV ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Jedes Gremium ist wie jedes Mitglied, welches eine Funktion ausübt, rechenschaftspflichtig und jederzeit wähl- bzw. abwählbar. Funktionäre der SOV können nur Mitglieder der SOV werden. In der SOV herrscht volle Diskussionsfreiheit. Die Beschlüsse der SOV werden von den Mitgliedern gemeinsam und geschlossen nach außen hin umgesetzt.
- 2) Die SOV organisiert sich in Ortsgruppen, Bundesvorstand, Bundesleitung, Mitgliederversammlung und der Bundeskonferenz.
- 3) Die Ortsgruppe ist die Grundeinheit der SOV und trifft sich grundsätzlich wöchentlich. Der Status als Ortsgruppe wird vom Bundesvorstand zugekannt. Die Ortsgruppe hält mindestens einmal pro Jahr eine Orts-

gruppenkonferenz ab und wählt aus ihrer Mitte eine/n Sekretär/Sekretärin, bzw. abhängig von ihrer Größe ein Ortsgruppenkomitee, welche/r/s die Leitung der Ortsgruppe innehat.

4) Der Bundesvorstand wird auf der Bundeskonferenz gewählt und tagt mindestens monatlich. Am Bundesvorstand wird die Arbeit der SOV geplant und die Richtlinien dafür beschlossen. Grundlage dafür sind die Beschlüsse der Bundeskonferenz.

5) Der Bundesvorstand wählt aus seiner Mitte eine Bundesleitung, die mindestens wöchentlich tagt. Die Bundesleitung ist zwischen den Bundesvorstandssitzungen für die Umsetzung der Beschlüsse von Bundesvorstand und Bundeskonferenz verantwortlich und koordiniert die tägliche politische Arbeit.

6) Bei Änderung der objektiven Situation kann die Bundesleitung (bzw. der Bundesvorstand) die Beschlüsse von Bundesvorstand bzw. der Bundeskonferenz aufheben, ist aber darüber in der nächsten Sitzung dem nächst höheren Gremium rechenschafts- und anzeigenpflichtig.

7) Die Bundeskonferenz ist das höchste Gremium der SOV. Ihre Beschlüsse sind für alle Organisationseinheiten bindend. Die Bundeskonferenz beschließt Programm und Statut, bestimmt die politischen Richtlinien und die Arbeit der SOV.

8) Die Bundeskonferenz umfaßt alle Mitglieder der SOV, oder auf Beschuß des Bundesvorstandes Delegierte, die von den Ortsgruppen entsandt werden.

9) Die Kontrollkommission wird von der Bundeskonferenz gewählt und kann jederzeit, muß aber mindestens vor jeder Bundeskonferenz die Finanzgebarung überprüfen und legt der Konferenz einen Bericht zur Abstimmung vor.

§7 Geschäftsordnung

1) Bundesweite Funktionen:

• In der SOV gibt es BundessprecherIn, Bundessekretärin und BereichssprecherInnen.

Der/die BundessprecherIn ist für die Vertretung der Organisation nach außen hin verantwortlich. Das bedeutet vor allem Pressearbeit, öffentliche Stellungnahmen und Kontakt zu anderen Organisationen und Parteien.

Der/die Bundessekretärin ist für die politische und organisatorische Koordination in der SOV verantwortlich. Das bedeutet vor allem die Koordination der Ortsgruppen und Arbeitsbereiche untereinander. BereichssprecherInnen sind jeweils für die Leitung ihres Bereiches (Frauen, Gewerkschaften, Jugend, ...) zuständig.

Die SprecherInnen sind vom Bundesvorstand gewählt und diesem rechenschaftspflichtig. Zwischen den Bundesvorständen sind die SprecherInnen für ihre Tätigkeiten voll verantwortlich und können nur im Rahmen einer Bundesleitungssitzung per Mehrheitsbeschuß in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden.

2) Zeichnungsberechtigt ist der/die Bundessekretärin bzw. der/die BundessprecherIn plus einem Mitglied der Bundesleitung.

§7 Konferenzen und Vollversammlungen:

1) Die SOV hält mindestens drei Voll-/ Delegierten-Versammlungen pro Jahr ab, von denen mindestens eine eine Konferenz zu sein hat. Konferenzen unterscheiden sich von Vollversammlungen vor allem dadurch, daß Wahlen stattfinden und grundlegende Dokumente diskutiert und verabschiedet werden.

2) Die Konferenzen bzw. Voll-/ Delegierten-Versammlungen werden vom Bundesvorstand einberufen oder auf Antrag von mindestens 25 Prozent

der Ortsgruppen oder 25 Prozent der Mitglieder binnen vier Wochen. Voll-/ Delegierten - Versammlungen können jederzeit - binnen einer Frist von zwei Wochen - vom Bundesvorstand, von 25 Prozent der Ortsgruppen oder 25 Prozent der Mitglieder einberufen werden.

3) Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefällt. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Ausnahmen sind

4) Änderungen des Statuts, Auflösung der Organisation oder eine Änderung der Organisationsform, welche nur von mehr als der Hälfte aller stimmberechtigten Mitgliedern einer Bundeskonferenz beschlossen werden können.

5) Konferenzdokumente haben vier Wochen vor der Konferenz, Anträge spätestens zehn Tage vorher schriftlich vorzulegen, bzw. können bei späterem Eintreffen durch 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten zugelassen werden.

6) Abstimmungen und Wahlen erfolgen prinzipiell offen. Per Antrag von 25 Prozent der Mitglieder / Delegierten hat eine geheime Wahl zu erfolgen.

7) Die Delegation zu internationalen Konferenzen obliegt dem Bundesvorstand.

8) Beschußfähigkeit: Ein Gremium ist beschußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder / Delegierten anwesend ist.

9) Jedes Gremium kann Mitglieder kooptieren, die jedoch kein Stimmrecht haben.

VORWÄRTS

Die linke Zeitung

**-sozialistisch
-antifaschistisch
-international**



**Jeden Monat neu:
Wir schreiben,
was andere nicht schreiben dürfen!
Jetzt abonnieren!**

Was wir wollen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn 65 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Wo wir uns treffen

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

Ortsgruppe Wien Süd
jeden Dienstag 19.30 Uhr
Ort nach Rückfrage

Ortsgruppe Wien West
jeden Donnerstag 19.30 Uhr
„Club International“
16.; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord
jeden Freitag 19.30 Uhr
„Café Spectrum“
2., Arnehoferstraße 8

Ortsgruppe Wien Mitte
jeden Mittwoch 19 Uhr
„Amerlinghaus“
7., Stiftgasse 8

Gewerkschafts-Stammtisch:
Termine nach Rückfrage
„Zentrum Erdberg“;
3; Lechnerstr.2-4

Frauen-Stammtisch
jeden 2. und 4. Mittwoch
im Monat 19.30 Uhr
„Zentrum Erdberg“;
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich-Wels
jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kijew“ Stelzhamerstraße

tel.: 01-524 63 10
fax: 01 52463 11
e-mail: sov@gmx.net



„Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen!“

Arbeitslosigkeit ist DAS Problem der Gegenwart. Regierungsprogramme wie der österreichische Nationale Beschäftigungsplan (NAP) und bloße Absichtserklärungen wie die der EU bieten keinerlei Lösungsansätze. Die SOV fordert im Rahmen ihrer Kampagne „Arbeitsplätze schaffen - Arbeitszeit verkürzen“ eine sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als einzige wirkliche Möglichkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

36 Seiten öS 45,- (inkl. Porto) Sozialpreis: öS 25,-

„Wen vertritt die FPÖ wirklich?“

Haider und seine Männer wollen sich immer wieder - vor allem in Wahlkampfzeiten - als die einzigen wahren Vertreter von ArbeiterInnen, PensionistInnen und Jugendlichen darstellen. In dieser Broschüre gehen wir der Frage auf den Grund, ob die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei ist. Wir zeigen anhand ihrer Geschichte, ihrer Funktionäre und ihres Programms, daß die FPÖ immer nur eines war und ist: eine radikale Unternehmerpartei.

72 Seiten öS 55,- (inkl. Porto)



Frauenprogramm der SOV „Gleiche Rechte! Uns reicht's - Wir schlagen zurück!“

In unserem Frauenprogramm beleuchten wir zuerst das Frauenbild in der Gesellschaft. Im Kapitel „Erwerbsarbeit“ zeigen wir, daß in erster Linie Frauen von unsicheren, schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen betroffen sind. Weitere behandelte Themen sind Sozialabbau, Gewalt gegen Frauen, Sexualität, Rassismus und Frauen international und als conclusio „Wir schlagen zurück“.

60 Seiten öS 40,- (inkl. Porto) Solidaritätspreis öS 50,-



Ich möchte

- ein Vorwärts-„Normal“-Abo (10 Ausg.) öS 200,-
- ein Vorwärts-„Sozial“-Abo (10 Ausg.) öS 100,-
- die Broschüre „Arbeitsplätze schaffen - Arbeitszeit verkürzen“ öS 45,-
- die Broschüre „Wen vertritt die FPÖ wirklich?“ öS 55,-
- das Frauenprogramm der SOV öS 40,-
- Infos über die SOV zugeschickt bekommen
- Eure Einladungen zugeschickt bekommen
- bei Euch mitarbeiten

Name:

Adresse:

Tel.:

Bitte in einem
frankierten
Kuvert
retournieren

An die
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV)
Kaiserstraße 11/14
1070 Wien